GROSS-BERLIN

PREIS 10 PF.

Der FUNKE

TAGESZEITUNG FÜR RECHT, FREIHEIT UND KULTUR

„Der Funke" erscheint sechsmal wöchentlich. Bei Ausfall der Lieferung infolge höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Entschädigung. Bezugspreis 2.— Mark monatlich, zuzüglich Zustellgebühr nach Vereinbarung. Anzeigenpreise Platz- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit. Redaktion und Verlag: Berlin S 14, Inselstr. 8a. Fernruf: F 7, Jannowitz 8909. Postscheckkonto Berlin, Nr. 80460 (Internationale Verlagsanstalt G. m. b. H.).

NUMMER 233 B — BERLIN • Dienstag, den 4. Oktober 1932 — 1. JAHRGANG

Der Kampf ums tägliche Brot.

Abwehrkraft und Angriffsgeist der Arbeiterschaft wachsen.

Die Chancen der Gewerkschaften.

Von Fritz Schmalz.

Die Bestimmung der Notverordnung vom 5. September, wonach der Unternehmer berechtigt ist, den Lohn für die 30. bis 40. Wochenstunde unter die tarifliche Höhe zu senken, wenn er Neueinstellungen von Arbeitern vornimmt, hat eine Streikwelle ausgelöst, deren Ausmaß sich heute noch nicht in vollem Umfang übersehen läßt. Sie scheint größer zu sein als die bisher vorliegenden Meldungen erkennen lassen. Der Widerstand der Arbeiter gegen die Lohnabbauversuche ist jedenfalls erfreulicherweise bei weitem stärker als die Unternehmer und die Regierung und vielleicht auch die Gewerkschaften selber erwartet haben. Und dieser Widerstand wird noch weiter wachsen, weil in zahlreichen Fällen die Streiks in verhältnismäßig kurzer Zeit vollen Erfolg für die Arbeiter hatten.

Zwei überraschende Tatsachen

haben sich im Verlauf der bisherigen Kämpfe herausgestellt, die alle bisher vertretenen Theorien über die Möglichkeit erfolgreicher Arbeitskämpfe in Krisenzeiten und bei großer Arbeitslosigkeit über den Haufen werfen. Das ist einmal die Erfahrung, daß das ungeheure Heer der Arbeitslosen, das vor den Toren der Fabriken steht und dessen Existenz die Arbeiter schon in vielen Fällen zum Verzicht auf notwendig gewesene Kämpfe veranlaßt hat, bei der gegenwärtigen Abwehr der Lohnabbauversuche in keiner Weise die Durchführung der gewerkschaftlichen Kämpfe hindert. Es haben sich im Gegenteil in zahlreichen Fällen von Streiks erwerbslose Kollegen bereit gefunden, Streikbrecher aus den Betrieben fernzuhalten. Die Erwerbslosen beweisen bei den gegenwärtigen Arbeitskämpfen eine Solidarität mit den Kollegen in den Betrieben, die von diesen nicht im gleichen Umfange aufgebracht wurde, als es galt, die Interessen der Erwerbslosen, z. B. durch die Unterstützung der Forderung der Vierzigstundenwoche zu vertreten. Wir haben wiederholt auf die Gefahren einer Spaltung der Arbeiterklasse in Arbeitende und Erwerbslose hingewiesen. Heute können wir die erfreuliche Tatsache feststellen, daß diese Spaltung noch nicht sehr tief geht. Im Gegenteil, die Solidarität aller Arbeiter ist noch immer so wirksam, daß es nicht einmal die Nazis wagen dürfen, als Streikbrecher aufzutreten. In Düren haben Nationalsozialisten an den Demonstrationen der Erwerbslosen gegen den Unterstützungsabbau teilgenommen. Der Landtagsabgeordnete und Gauleiter der NSDAP Adolf Wagner erklärte in einer Wahlkundgebung im Zirkus Krone in München:

„Die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiter-Partei wird jeden Arbeitgeber mit Schimpf und Schande ausschließen, der auf Grund der Notverordnung seinen Arbeitern den Lohn kürzt. Jeder Parteigenosse hat die Pflicht, einen wegen der Notverordnungsbestimmungen ausbrechenden Streik bis aufs Letzte zu unterstützen."

Auf solche Worte der Nazis haben wir zwar noch nie viel gegeben. Wir wissen, was sie in ihren Versammlungen alles herunterreden und daß sie sich jeder Windrichtung anpassen. Immerhin stehen die Ausführungen von Wagner sehr im Widerspruch zu der sonst geübten Streikbrechertätigkeit der NSDAP. Die gerissenen Konjunkturpolitiker haben eben ein feines Fingerspitzengefühl für die Stimmungen unter den Massen. Und da ist jetzt mit der Beteiligung am Streik ein besseres Parteigeschäft zu machen als mit dem Streikbruch. So bestehen im Lager der Arbeiter günstige Voraussetzungen für erfolgreiche Kämpfe gegen das Unternehmertum.

Im Lager der Unternehmer

sieht es weniger gut aus. Dort hapert es mit der Solidarität. Die meisten Unternehmen, die heute noch arbeiten, führen feste Aufträge aus und müssen bei einem Streik in ihrem Betrieb befürchten, daß ihnen ein anderer Unternehmer die Aufträge wegschnappt. Da die Unternehmer außerdem bereits mit der Prämie von 100 Mark im Vierteljahr für jede Neueinstellung oft eine Mehrbeschäftigung von Arbeitern rentabel machen können, begnügen sie sich in den meisten Fällen mit diesen Prämien und verzichten lieber darauf, auch noch die Löhne abzubauen, wenn sie bei ihrer Belegschaft auf ernsthaften Widerstand stoßen.

Die Fälle, in denen die Unternehmer den Notverordnungslohnabbau gar nicht erst versucht und in denen sie Lohnabbaudiktate auf Grund von Streikbeschlüssen ihrer Belegschaften kampflos zurückgezogen haben, sind sehr zahlreich.

Der Gesamtverband Deutscher Metallindustrieller fordert deshalb von der Regierung ein Streikverbot mit der Begründung:

„weil die einzelnen Firmen zum Kampf zu schwach und Solidaritätsmaßnahmen der Arbeitgeber unmöglich sind."

Die Ereignisse in der Schuhindustrie in Weißenfels bestätigen dies im vollen Umfange. Die Unternehmer haben dort auf die Fortführung des Kampfes verzichtet, ohne die für das gesamte Unternehmertum so wichtige grundsätzliche Entscheidung vor den Gerichten herbeizuführen, ob Streiks gegen den Notverordnungslohnabbau gegen die tarifliche Friedenspflicht der Gewerkschaften verstoßen, was ja die Unternehmer und auch die Regierung behaupten. Die Unternehmer sind sich natürlich über die Bedeutung dieser Tatsachen klar, und sie verzichten nur deshalb auf die Fortführung des Kampfes, weil die scharfe Konkurrenz der Unternehmer unter einander tatsächlich heute Solidaritätsmaßnahmen schwierig macht. Das ist die zweite günstige Voraussetzung für die erfolgreiche Abwehr des geplanten Lohnabbaues.

Trotz Krise und trotz Millionenarbeitslosigkeit haben die Gewerkschaften heute eine so große Chance zur Führung von Arbeitskämpfen, wie sie so bald nicht wiederkehren wird. Diese Chance muß deshalb rücksichtslos ausgenutzt werden, um die Interessen der Arbeiter zu vertreten, wie die Unternehmer rücksichtslos die für die Gewerkschaften ungünstigen Situationen ausgenutzt haben, um die Rechte der Arbeiter zu beschneiden.

Hoffentlich lassen sich die Gewerkschaften nicht durch die Redensarten von der „Sabotage am sozialen

Von der Streikfront.

Voller Erfolg in Weißenfels.

Der Streik in der Weißenfelser Schuhindustrie wurde am Sonnabend beigelegt. Die in Leipzig zwischen Vertretern der Arbeitgeber und der Gewerkschaften gepflogenen Besprechungen führten zu einer Einigung, nach der sämtliche Arbeiter wieder eingestellt werden sollen, und zwar zu den Bedingungen, wie sie vor Erlaß der Notverordnung vom 5. September 1932 bestanden haben. Maßregelungen sollen nicht erfolgen.

Die Gewerkschaften haben nunmehr ihre Mitglieder zum Montag nachmittag zu einer Versammlung geladen. Es ist mit einer Wiederaufnahme der Arbeit daher nicht vor Dienstag morgen zu rechnen.

Die Schuhmacher in Weißenfels haben damit durch den Streik einen vollen Sieg erkämpft.

Der Streik beim Alexanderwerk in Remscheid geht weiter. Die Firma versucht, die Lage für sich dadurch günstiger zu gestalten, daß sie Entscheidungen des Schlichters und des Arbeitsgerichts darüber herbeiführt, ob sie berechtigt sei, die Notverordnung anzuwenden. Das Verfahren hilft allerdings nicht weiter. Wie die Firma berechtigt ist, die Notverordnung anzuwenden, so sind die Arbeiter berechtigt, die Arbeit niederzulegen.

Im Berliner Möbeltransportgewerbe hat der Streik der Transportarbeiter den Unternehmern viele Schwierigkeiten gebracht. An einzelnen Stellen wurde versucht, die Umzüge mit Hilfe von Streikbrechern durchzuführen. Die Streikenden haben das wiederholt mit Gewalt verhindert. In einigen Fällen schritt die Polizei ein. Die Lage ist für die Streikenden günstig, weil auch im Transportgewerbe die Konkurrenz der Unternehmer sehr scharf ist und viele kleine Unternehmer, die selber fahren, bei dem Streik ein Geschäft machen. Zahlreiche Unternehmer haben deshalb dem Gesamtverband bereits eine Einigung angeboten.

Bei Ohrenstein und Koppel sind in der Waggonfabrik in Spandau 180 Schlosser in den Streik getreten.

Bei der „Frankfurter Zeitung" streiken die graphischen Hilfsarbeiter. Die Setzer und Drucker sind an dem Streik noch nicht beteiligt.

In Kiel streikt die Belegschaft der Stahlbauanstalt **Gebrüder Handersen.**

Die Gesamtbelegschaft (200 Mann) der Großbuchbinderei **Sieke in Leipzig** ist in den Streik getreten.

Der Streik der graphischen Hilfsarbeiter des Scherl-Verlages ist beendet. Die Streitpunkte sind noch nicht erledigt. Es soll darüber noch verhandelt werden. Maßregelungen finden nicht statt.

AUS DEM INHALT:

Macht geht vor Recht.
Aus der Werkstatt des Faschismus.
Der Faschismus in China.
Der Herold seiner Majestät.
Wieviel Arbeitslose in Deutschland?

Bei Kempinski in Berlin ist es nicht zum Streik gekommen. Die Firmenleitung hat die angekündigte Verkürzung der Arbeitszeit zurückgenommen.

Auch Hochseefischer wehren sich:

Am 30. September 1932 waren sämtliche Tarifverträge in der Hochsee-Fischerei abgelaufen. Früher hatten die Unternehmer bei ähnlichen Gelegenheiten ihre Forderungen immer angemeldet. Diesmal schwiegen sie. In einem Schreiben vom 24. September an sämtliche Verbände teilten sie mit, daß sie bisher nicht in der Lage gewesen seien, ihre Forderungen anzumelden, da ihr Syndikus erkrankt sei. Von dieser Mitteilung ließen sich die Hochsee-Fischer aber nicht einfangen. Sie hatten Wind bekommen, daß die Reeder beabsichtigten, die alten Tarifverträge bis zum 31. Oktober in Kraft zu lassen, um dann mit ihren Forderungen an die Oeffentlichkeit zu treten. Am 1. November wollten die Reeder dann 40 Prozent ihrer Flotte stillegen. Sie glaubten, dann einen günstigeren Kampfboden zu haben. Augenblicklich ist noch Hochsaison, sodaß ein Konflikt den Reedern sehr ungelegen wäre. Die Hochsee-Fischer haben ihnen aber einen Strich durch die Rechnung gemacht. Sie forderten sofortige Verhandlungen. Die Reeder verzichteten aber. Darauf gaben die seemännischen Berufsorganisationen an ihre Mitglieder die Anweisungen heraus, am 1. Oktober geschlossen in den Streik zu treten.

Als am 1. Oktober einige Fischdampfer in den Hamburger Hafen einliefen, wurden sie sofort von der Mannschaft verlassen.

Auch in Altona, Cuxhaven und in den Unterweserstädten haben die Fischdampferbesatzungen der Streikparole Folge geleistet. So konnten am Sonnabend in Gestemünde zwei Fischdampfer nicht auslaufen.

Der Verband der deutschen Hochsee-Fischereien hat den Schlichtungsausschuß in Bremerhaven angerufen.

(Weitere Streikberichte im Innern des Blattes.)

und wirtschaftlichen Gesundungswerk" und „Streikbewegungen mit ausgesprochen politischem Charakter" von der Linie des Widerstandes abbringen. „Ein erfolgreicher Widerstand kann einen Wendepunkt für die Arbeiterbewegung und für die wirtschaftliche Entwicklung einleiten, die aus der Krise herausführt. Es ist klar, daß erfolgreiche Kämpfe das Selbstvertrauen der Arbeiter in ihre eigene Kraft und die Kraft ihrer Organisationen steigern werden. Die Arbeiter werden wieder Vertrauen zu den Gewerkschaften bekommen. Die mutlos Gewordenen werden zurückkehren und die gewerkschaftliche Front durch ihren Zuwachs weiter stärken. Die Lage kann sich für die Arbeiter in kurzer Zeit so grundlegend ändern, daß schon bald aus den heutigen Abwehrkämpfen erfolgreiche Angriffskämpfe hervorgehen können.

Natürlich hätten solche Kämpfe auch politische Bedeutung, obwohl sie an der Wirtschaftsfront ausgefochten werden. Der Wirtschaftskampf der Unternehmer hat Herrn Papen mit seinen Notverordnungen an die Regierung gebracht. Der Wirtschaftskampf der Arbeiter zur Abwehr der Unternehmeroffensive kann Herrn Papen mitsamt seinen Notverordnungen von der Bildfläche verschwinden lassen.

Der ADGB steht vor großen Aufgaben. Hoffentlich zeigt sich seine Führung diesen Aufgaben, von denen die Zukunft der Arbeiterklasse abhängt, gewachsen. Die Passivität der Gewerkschaften hat viel zur Verschärfung der Spaltung innerhalb der Arbeiterbewegung beigetragen. Die Rückkehr zum Kampf kann ungeheuer viel dazu beitragen, wieder eine einheitliche Front im Arbeiterlager herzustellen.

Macht geht vor Recht.

Der Lytton-Bericht veröffentlicht.

Am Sonntag ist der Bericht des vom Völkerbund eingesetzten Mandschurei-Ausschusses, der nach dem Vorsitzenden benannte Lytton-Bericht, veröffentlicht worden.

Der Bericht, der 160 engbedruckte Seiten umfaßt, ist in 10 Kapitel gegliedert, von denen die ersten acht Tatsachen schildern, während die letzten beiden Vorschläge zur Beilegung des Konflikts enthalten.

Mit den historischen Untersuchungen hat der Ausschuß es sehr genau genommen. Die Entwicklung Chinas seit dem Beginn des 19. Jahrhunderts, die geopolitischen, wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse in der Mandschurei, die Beziehungen der Mandschurei zu China, Rußland und Japan sind eingehend dargestellt. Vier Kapitel sind der Entwicklung des chinesisch-japanischen Konflikts und der Schilderung der einzelnen Kämpfe im Lauf des vergangenen Jahres gewidmet. Die wirtschaftlichen Interessen Japans und Chinas an der Mandschurei werden genau untersucht.

Die Kapitel über die Vorschläge zur Regelung der mandschurischen Frage beginnen mit der Feststellung, daß weder die einfache Wiederherstellung des status quo ante (des Zustandes vor Beginn des Konflikts) noch die Aufrechterhaltung und Anerkennung des jetzigen mandschurischen Staates als Lösung in Frage komme und daß bei der Regelung nicht nur die Interessen Chinas und Japans, sondern auch die der anderen Mächte, die von dem Konflikt betroffen seien, berücksichtigt werden müssen. Es sei dem Ausschuß nicht gelungen, über den Umfang der sowjet-russischen Interessen und über die Stellungnahme der Moskauer Regierung zu der mandschurischen Frage Auskunft zu erhalten (die russische Regierung hatte sich geweigert, den Ausschuß durch irgend welche Auskünfte zu unterstützen). Dennoch könne die Bedeutung Sowjet-Rußlands für die Mandschurei, besonders da Rußland Inhaber der ostchinesischen Eisenbahn sei, nicht vernachlässigt werden.

Der Ausschuß geht dann über zur Aufstellung allgemeiner Grundsätze, denen die Lösung des Konflikts genügen müsse. Die meisten dieser Grundsätze sind so allgemein, daß sich niemand durch sie beengt zu fühlen braucht. Interessant sind die folgenden zwei Forderungen:

„Die Rechte und Interessen Japans in der Mandschurei sind nicht abzuleugnende Tatsachen. Eine Lösung, die diese Interessen verkennt und den historischen Verbindungen Japans und der Mandschurei nicht Rechnung trägt, ist nicht befriedigend."

„Die Regierung der Mandschurei muß in einer Weise abgeändert werden, die in Uebereinstimmung mit der Souveränität und der verwaltungsmäßigen Unantastbarkeit Chinas steht, wobei weitgehende Autonomiemaßnahmen zur Berücksichtigung der lokalen Bedingungen und der besonderen Lage der drei Provinzen zu schaffen sind."

Im letzten Kapitel wendet sich der Bericht an den Völkerbund, dem allein er Vorschläge zu machen habe. Der Ausschuß bemerkt dazu, daß selbst im Fall der Anerkennung Mandschukuos seitens der japanischen Regierung (die zur Zeit der Abfassung des Berichts noch nicht vorlag) die Forderungen des Berichts nicht hinfällig würden.

Der Ausschuß fordert vom Völkerbund die Einberufung einer Konferenz, auf der die chinesische und die japanische Regierung und die mandschurische Bevölkerung vertreten seien. Neutrale Beobachter sollten eventuell auf Wunsch der beiden Parteien hinzugezogen werden. Diese Konferenz solle, wenn möglich, folgende Rechtsabkommen herbeiführen:

1. Eine Erklärung der chinesischen Regierung über die Schaffung einer Sonderverwaltung für die drei Ostprovinzen auf Grund von Vorschlägen der Konferenz.

2. Ein japanisch-chinesisches Abkommen über die Interessen Japans.

3. Ein japanisch-chinesisches Abkommen über gegenseitige Hilfsmaßnahmen, Nichtangriff, Schiedsgerichtsbarkeit und Vergleichsverfahren.

4. Ein japanisch-chinesischer Handelsvertrag.

Vor dem Zusammentritt der beratenden Konferenz sollen die großen Linien der Verwaltung dieser Gebiete Gegenstand eines Abkommens zwischen den beiden Regierungen unter Mitwirkung des Völkerbundsrates sein. In diesen Verhandlungen soll über den Ort und den Zeitpunkt des Zusammentritts der Konferenz verhandelt werden. Ein Eingreifen des Völkerbundes soll nur dann stattfinden, wenn eine Einigung nicht möglich ist. Abschließend entwirft der Ausschuß sodann die großen Linien für die von ihm vorgeschlagenen vier getrennten Abkommen.

* *

Verglichen mit den eingehenden Untersuchungen über die Lage in der Mandschurei und die Entwicklung des Konflikts sind die praktischen Folgerungen und Vorschläge des Ausschusses recht mager. Der Ausschuß ist offensichtlich durch die Sorge, Japan könnte gereizt werden, so gehemmt worden, daß er äußerste Zurückhaltung geübt hat.

Trotzdem enthält der Bericht einige Sätze, die den japanischen Darstellungen und Plänen strikt entgegenlaufen. In der Diskussion in Genfer Völkerbundskreisen werden begreiflicher Weise gerade diese Stellen, die für die Unparteilichkeit und Unabhängigkeit des Völkerbundes zu sprechen scheinen, besonders hervorgehoben. Man weist darauf hin, daß der Bericht die Souveränität Chinas über die Mandschurei anerkannt und nur Verhandlungen zur Schaffung einer weitgehenden Autonomie des umstrittenen Gebietes angeregt habe. Ferner wird betont, daß der Bericht festgestellt habe, die Loslösung der Mandschurei sei erzwungen worden; die gesamte chinesische Bevölkerung dieses Gebietes stehe der neuen Regierung feindlich gegenüber.

Aber alle derartigen Feststellungen werden in ihrer Bedeutung völlig abgeschwächt durch den Satz, daß auch die Anerkennung des neuen Staates durch Japan die Arbeit der Lytton-Kommission nicht überflüssig machen könne. Die praktischen Vorschläge der Kommission werden jedenfalls überflüssig gemacht.

Stimson gegen Japan.

Im Verlauf einer politischen Rede wandte sich der amerikanische Staatssekretär Stimson scharf gegen die japanische Politik in der Mandschurei. Die gegenwärtige Krise in der Mandschurei sei nicht nur ein schwerer Schlag gegen die Handelsinteressen Amerikas, sondern eine Drohung gegen das Ansehen der großen Friedensverträge, die nach dem Kriege von den Weltstaaten abgeschlossen worden seien, um eine Wiederholung einer solchen Katastrophe zu verhüten. Während der kommenden Jahrhunderte würden die Handelsbeziehungen mit den Gebieten Ostasiens für die ganze Erde von entscheidender Bedeutung sein. Amerika habe im Zusammenhang hiermit seit über dreißig Jahren eine Politik der offenen Tür in der Mandschurei gefördert. Diese aber habe die Aufrechterhaltung der gebiets- und verwaltungsmäßigen Oberhoheit Chinas zur Vorbedingung.

Pan-Europa mit einer eigenen Partei.

In Basel ist anläßlich des 3. Pan-Europa-Kongresses, der von R. N. Coudenhove-Kalergi geleitet wurde, die internationale „Europäische Partei" gegründet worden. In dem Aufruf, den Coudenhove anläßlich der Gründung dieser Partei herausgegeben hat, bezeichnet er die neue Partei als die „Einheitsfront gegen alle Parteien, die zum Völkerkrieg drängen oder zum Bürgerkriege". Im Programm der neuen Partei wird ein obligatorisches Schiedsgericht für alle intereuropäischen Streitfälle gefordert, ferner ein europäisches Militärbündnis mit gemeinsamem Generalstab und gemeinsamer Luftflotte, einen schrittweisen Abbau aller Zölle und Wirtschaftsschranken zwischen den europäischen Staaten, den Abbau der Arbeitszeit entsprechend den Fortschritten der Technik, die Sicherung aller europäischen Minderheiten nach dem Vorbilde der Schweiz und Estlands, das Verbot politischer, sozialer und konfessioneller Haßpropaganda u. a.

Daß diese neue Partei eine bürgerliche Neugründung ist, die es keineswegs darauf abgesehen hat, den Sozialismus zu verwirklichen, ist bei der Person des Gründers klar und wird auch durch das Programm bestätigt. Wird sie aber jedenfalls mit dazu beitragen, nationale Kriege zu verhindern? Manche ihrer Vorschläge über die intereuropäische Organisation des Militärwesens sind diskutierbar als Schritte zu einer Internationalisierung der Wehrmacht. Aber diese Vorschläge sind in Wahrheit gar nicht entscheidend für die Beurteilung der „Europäischen Partei". Entscheidend ist die Feststellung, daß diese Partei allem Anschein nach in den von ihr erstrebten europäischen Staatenbund die Sowjet-Union nicht aufzunehmen gedenkt. Eine militärische Vereinigung der kapitalistischen europäischen Staaten aber bedeutet heute eine Kriegsgefahr, die zwar die Gefahr eines Krieges gegen den einzigen Staat, der mit dem Versuch der Verwirklichung des Sozialismus ernst gemacht hat.

Der Kampf um die Posten im Völkerbund.

Die Wahl des Generalsekretärs des Völkerbundes — Drummond, hat dieses Amt bekanntlich niedergelegt — und die damit verbundene Neubildung der politischen Leitung des Völkerbundes scheinen den Stoff zu einer neuen großen Völkerbundskrise abzugeben. Die englische und die französische Regierung sind offenbar entschlossen, ihren bisherigen starken Einfluß auf die Völkerbundsleitung beizubehalten; die deutsche Regierung fordert eine Herabsetzung dieses Einflusses zu Gunsten einer stärkeren Beteiligung Deutschlands. Wie es heißt, hat man Italien, das ebenfalls eine stärkere Beteiligung verlangte, den Posten des stellvertretenden Generalsekretärs und damit zugleich die Leitung der Finanz- und Wirtschaftsabteilung des Völkerbundssekretariats angeboten — einen Posten, für den die deutsche Regierung Interesse hatte, wie von deutschnationaler Seite vorwurfsvoll festgestellt wird — und es damit zufriedengestellt. Die deutsche Regierung scheint also auch hier isoliert zu sein und droht, wie gemeldet wird, mit dem Boykott: Die Wahl des Generalsekretärs erfordert die Einstimmigkeit aller Mitglieder des Völkerbundsrats; die deutsche Regierung hat also die Möglichkeit, diese Wahl zu vereiteln.

Stresa begraben.

Vorbehalte über Vorbehalte.

Der Europa-Ausschuß, der am Sonnabend unter dem Vorsitz von Herriot seine Tagung beendigte, nahm eine Entschließung an, in der sämtliche beteiligten Staaten sich bereit erklären,

den Abschluß von Handelsverträgen auf der Grundlage der Beschlüsse von Stresa mit allen Mitteln zu unterstützen.

Auf dieses wohlklingende Versprechen folgen dann die Vorbehalte, die jeder Staat in Hinsicht auf die Beschlüsse von Stresa macht. Hatte man schon damals das Abkommen so formuliert, daß nicht viele praktische Ergebnisse zu erwarten waren, so hat der Europa-Ausschuß nun noch beschlossen, daß in Hinsicht der abzuschließenden Handelsverträge der grundsätzliche Vorbehalt gelte, die Rechte dritter Staaten zu wahren. Das ist ein an sich so selbstverständlicher Grundsatz, daß seine ausdrückliche Betonung den Verdacht nahelegt, man wolle sich auf das Recht dritter Staaten da berufen, wo man sonst keine Ausrede mehr für die Nichtdurchführung der Beschlüsse von Stresa findet.

Die Kabinettsumbildung in England.

Simon, das Opfer der Einigkeit.

Bis auf einen Posten, der noch unbesetzt ist, ist die Umbildung des englischen Kabinetts nun beendet. Die Konservativen, die vorher 12 Mitglieder in der Regierung hatten, haben jetzt 13, die Angehörigen der Nationalen Arbeiterpartei (MacDonald) 3 gegenüber 4 Mitgliedern vor der Umbildung, die Simon-Liberalen 3 gegenüber 2, die Samuel-Liberalen, die jetzt ganz aus dem Kabinett ausgeschieden sind, hatten vorher zwei Mitglieder im Kabinett.

Simon begründet sein Verbleiben im Kabinett damit, daß die wichtigen internationalen politischen Probleme, wie die Unruhe in Europa, die Kriegsschulden, die Wirtschaftskrise und die Abrüstung, Einigkeit verlangten und daß ihm Staatsmänner aus anderen Ländern oft versichert hätten, die englische politische Einigkeit biete allgemein ein Gefühl der Sicherheit.

Keine Ruhe in Südamerika.

Rücktritt des Präsidenten von Chile.

General Blanche, der sich erst vor wenigen Tagen durch eine Revolution zum Präsidenten von Chile gemacht hat, ist durch den Aufstand von Antofagasta zum Rücktritt gezwungen worden. Blanche hatte beabsichtigt, den Herd der Gegenrevolution, der in Nordchile liegt, durch eine Handelsblockade zu bezwingen. Der Führer der Aufständischen, General Vignola, rüstete daraufhin zum Bürgerkrieg.

Der Nachfolger von Blanche ist Oyaudel, der bisherige Präsident des obersten Gerichtshofes.

Der Aufstand in Brasilien.

Die Kämpfe zwischen brasilianischen Regierungstruppen und den Aufständischen von Sao Paulo dauern fort. Die Waffenstillstandsverhandlungen, die von der brasilianischen Regierung angebahnt worden waren, sind gescheitert, da die Regierung in dem vorgeschlagenen Abkommen die bedingungslose Uebergabe der Aufständischen verlangte. Die Regierungstruppen haben daraufhin einen neuen Vorstoß gegen Sao Paulo unternommen.

Unter den Aufständischen hat sich eine Oppositionsbewegung gebildet, die beinahe zu einer Gegenrevolution in Sao Paulo geführt hätte. Infolge der Zersetzung ihres Lagers waren die Aufständischen nicht mehr in der Lage, den Kampf gegen die brasilianischen Regierungstruppen nach dem Abbruch der Waffenstillstandsverhandlungen wieder aufzunehmen. Am Sonntag erfolgte die bedingungslose Uebergabe der Aufständischen. Die ihnen von der Regierung auferlegten Waffenstillstandsbedingungen sind: Uebergabe der Waffen, Befreiung der politischen Gefangenen, Freigabe der im Hafen von Santos festgehaltenen Schiffe und Zurückziehung der Truppen.

Faschistenprogramm.

Geisteskrankheit und Kommunistenhetze.

Gömbös, der neue Ministerpräsident von Ungarn, gab der Presse gegenüber einige Erklärungen über sein künftiges Regierungsprogramm ab, die zwar an sich nicht verständlich sind, aber doch über die Richtung, in der die ungarische Politik gesteuert werden soll, keinen Zweifel lassen. In seinen Ausführungen war die Rede von dem „Gedanken des Selbstzwecks der Nation", nur dieser könne heute das politische Ideal eines politischen Führers und einer politischen Gesellschaft sein. Er, Gömbös, habe das Gefühl, daß die Seele der ganzen Nation umgeformt werden müsse, wozu es der Nüchternheit bedürfe. Gegen die „extremen Richtungen" (das ist offenbar der ungarische Name für die Kommunisten) verkünde er den Kampf und vertrete im übrigen den Grundsatz der friedlichen Arbeit.

In einem Telegramm an Mussolini äußert Gömbös unter der Versicherung der „unerschütterlichen Freundschaftsgefühle Ungarns gegenüber Italien" den Wunsch, Mussolini möge Ungarn weiterhin seine Unterstützung angedeihen lassen, damit die Grundlinie der bisherigen ungarischen Politik voll und ganz beibehalten werden könne.

Ein Hoffnungsstrahl aus dem Wiener Nazi-Lager.

Auf der Sonnabend-Tagung des NS-Gauparteitages in Wien erklärte ein Teilnehmer:

der Nationalsozialismus sei der Schlußpunkt einer zweitausendjährigen germanischen Entwicklung.

Welch Hoffnungstrahl in dieser düsteren Zeit! Sollte nach der Zerstörung des Nationalsozialismus zugleich mit der ganzen „germanischen Entwicklung" Schluß gemacht und dadurch der Boden geschaffen werden für rechtliche Zustände in Deutschland?

Die Bilanz des dritten Tages des Nazi-Rummels in Wien: 35 Personen wurden von der Polizei wegen Gewalttätigkeit, Aufruhr und Uebertretung der Waffenverordnung zwangsgestellt.

Zum Abschluß dieses denkwürdigen Gauparteitages der Nazis wurden am Sonntag noch etwa 11 Personen leicht verletzt und 42 zwangsgestellt.

Die „Rote Fahne" wurde am Sonnabend wegen aufreizender Artikel in Wien beschlagnahmt.

Japanische Eroberungen, antijapanischer Boykott und chinesischer „Faschismus".

A. B. Shanghai, Ende August 1932.

Die heiße Zeit ist noch nicht ganz vorüber, aber schon beginnt eine merkliche und verhängnisvoll aussehende Belebung der politischen Tätigkeit im Fernen Osten. Man kann daraus ersehen, wie groß die Spannung sein muß.

In der Mandschurei rüsten sich die Japaner zu einem Einfall in die bisher noch unter einem chinesischen General stehende Provinz Dschehol (sie liegt zwischen der Großen Mauer, der Mongolei und der Mandschurei). Die Besetzung dieser Provinz würde die Einflußsphäre Japans bis unmittelbar an die Tore Pekings vortreiben. Es scheint nicht ausgeschlossen zu sein, daß dann auch die Besetzung Pekings erfolgt, wodurch wiederum die Bildung eines nord-chinesischen Pufferstaates — unter japanischem Einfluß und ohne Bindung nach Nanking hin — sehr wahrscheinlich wird. Gemessen an den Reden und Artikeln, die man jetzt in Japan zur Verherrlichung der „kontinentalen Politik", d. h. der Eroberungen auf den asiatischen Kontinent, vom Stapel läßt, erscheint diese Vermutung über den bevorstehenden Gang der Ereignisse sogar als eine bescheidene Annahme über die Verwirklichung der „japanischen Mission". Kein Geringerer als General Sadao Araki, der japanische Kriegsminister, hat neulich einen Beitrag zu diesem Thema geliefert. Sein Aufsatz in der Zeitschrift des Armee-Klubs, der von „wilhelminischen" Weisheiten nur so trieft, enthält unter anderem die bemerkenswerte Feststellung, daß Japan auch den in Sibirien lebenden Koreanern „Hilfe" bringen sollte! Gemäß Araki ist es für Japan eine unerträgliche Herausforderung, daß eine russische Stadt am Stillen Ozean „Wladiwostok" (auf deutsch: Beherrscherin des Ostens) heißt.

*

In China, insbesondere in Schanghai, aber auch in Nanking und Hankau, findet eine Wiederbelebung des anti-japanischen Boykotts statt. Der Boykott, der im vergangenen Herbst und zu Beginn dieses Jahres eine erstaunliche Intensität gehabt hatte, war seit dem Frühjahr fast ganz verschwunden: nicht wenig hatte dazu das boykottfeindliche Verhalten der Regierung beigetragen, die in den anti-japanischen Boykott-Organisationen eine ebenso gegen sich selber wie gegen Japan gerichtete (kommunistische) Bewegung erblickte und sie daher schonungslos unterdrückte. Die neue Boykott-Phase zeigt eine terroristische Taktik: eine geheime Organisation, die sich selber als „Blutsbund zur Ausrottung verräterischer Kaufleute" bezeichnet, begann mit einer systematischen Versendung von Warnungen, denen in einigen Fällen in Paketen verpackte Bomben beigefügt waren. Diesen Drohungen sind mehrere Bombenattentate gefolgt. Es ist bisher unbekannt,

wer hinter diesen Bomben-Terroristen steht;

umso bemerkenswerter war eine offene Sympathie-Erklärung, die ihnen von seiten der Allgemeinen Chinesischen Handelskammer Schanghais zuteil wurde. Eine große Anzahl von Händlergilden schloß sich dieser Kundgebung an, womit freilich nicht ihre Bereitwilligkeit bewiesen ist, am Boykott teilzunehmen, sondern zunächst nur die Tatsache, daß sie es für unangebracht halten, jenen „Blutsbund" zu reizen. Die anti-japanische Agitation erhält dadurch allerdings einen merklichen Aufschwung, und diesem Umstand ist es wohl auch zuzuschreiben, daß der japanische General-Konsul sich veranlaßt sah, in einem Protest die schleunige Unterdrückung jener Agitation zu verlangen.

Die Lage ist ähnlich wie im Januar 1932. Auch damals begann es mit Protesten, die später die Form eines Ultimatums annahmen, um sodann zu jenem mörderischen Sechs-Wochen-Krieg um Schanghai zu führen. Diese Aehnlichkeit ist vielleicht nicht zufällig. Denn bedenkt man, daß die Verhältnisse in der Mandschurei verworrener sind als je, daß auch die Verhältnisse in China selber durch Bürgerkrieg und politische Intrigen bestimmt zum Zerfall hinzeigen, so wäre es eher zu verwundern, wenn Japan noch länger zögerte, „ganze Arbeit" auf dem asiatischen Festland zu machen, d. h. zum großen Schlag gegen China auszuholen.

Hinzu kommt, daß auch die Zustände in Japan selber zur Entscheidung drängen: eine zerrüttete Wirtschaft, Hungersnot unter den Bauern, Erregung der gesamten Bevölkerung. Wenn die „kontinentale Politik" nicht bald die versprochenen Früchte bringt, so wird eine revolutionäre Explosion unvermeidlich (es ist freilich im Augenblick sehr schwer zu entscheiden, wie nah wir diesem Ereignis sind, denn die Nachrichten aus Japan unterliegen einer Zensur, die nur sehr wenig durchsickern läßt).

*

Parallel mit dieser außenpolitischen Zuspitzung der Situation läuft in China selber eine andere Entwicklung, die allem Anschein nach zu einer Diktatur General Chiang Kai-Sheks führen wird. Auch heute ist die Stellung Chiangs im Grunde die eines Diktators, aber es besteht daneben — dem Namen nach und auch zum Teil in Wirklichkeit — die Diktatur der Kuomintang, einer Partei, die noch vor wenigen Jahren ein erhebliches Ansehen besaß, nun aber zu einer Clique korrupter, grundsatzloser und habsüchtiger Politikanten entartet ist. Während die Kuomintang früher geeignet war, Chiangs persönlichem Machtstreben einen gewissen ideologischen Hintergrund zu geben (auch die reaktionärsten Handlungen dieser Partei werden offiziell als „revolutionär" bezeichnet, eine sprachliche Verwirrung, die durch die in der Tat revolutionäre Vergangenheit der Kuomintang erklärt wird), ist es heute eher so, daß ihr Weiterbestehen ihm hinderlich ist, indem sie einen dauernden Anlaß zur Kritik und Opposition gibt. Schon vor zwei Jahren sagte Chiang auf einer Sitzung des Zentral-Exekutiv-Komitees:

„Während die Partei tagtäglich über Sauberkeit in Dingen der politischen Administration redet, trifft man überall auf Fälle von Korruptheit; während die Bevölkerung immer zu ermahnt wird, den Gesetzen und der Parteiherrschaft zu gehorchen, findet man überall Fälle von Verstößen gegen Parteidisziplin und Gesetz . . ."

Diese strengen Worte, die damals — im Herbst 1930 — vielleicht noch als Spiel mit der Rolle eines Moralpredigers hätten aufgefaßt werden können, haben auf Grund der Ereignisse der jüngsten zwei Jahre eine viel tiefere Bedeutung erhalten. Im Frühjahr 1931 erfolgte der Bruch zwischen Chiang und Hu Han-Min, dem Vertreter der reaktionären Groß-Bourgeoisie, der sich gegen Chiangs Diktaturpläne auflehnte. Hu Han-Min bekam Stubenarrest und durfte später nach Süd-China abreisen. Heute liegt ein Bruch zwischen Chiang und Wang Ching-Wei, dem Führer des „linken" Kuomintangflügels und Vertreter des Kleinbürgertums, vor. Das Bündnis zwischen beiden hat kaum ein halbes Jahr gedauert. Während dieser Zeit hat Wang krampfhaft versucht, seinen Einfluß im Lande auszubauen. Es ist ihm nicht gelungen.

„Niemand, der nicht zur Militärclique gehört, kann Erfolg haben," erklärte Sun Fo zum Rücktritt Wang Ching-Weis:

„Das Haupt des Exekutiv-Amts (diesen Posten bekleidete Wang innerhalb der Nanking-Regierung) ist nichts als ein Dekorationsstück, eine Holzpuppe oder eine Marionette in der Hand der Militaristen."

*

Was Chiang, der Führer der stärksten Militaristenclique, vorhat, ist anscheinend die Bildung einer „faschistischen" Organisation, d. h. einer Gruppe ausgesiebter, gut bezahlter und zuverlässiger Halsabschneider, mit deren Hilfe er das zerfallende Gebäude des chinesischen Staatswesens fester in die Hand zu bekommen hofft. Wenn er in einem geeigneten Augenblick die allgemein verhaßte Kuomintang abschüttelt, kann er mit großer Sicherheit auf weitgehende Sympathie der Bevölkerung rechnen, die in der Hoffnung, das Heer der kleinen Blutsauger los zu sein, den einen großen Blutsauger sogar begrüßen wird.

Man geht nicht fehl, wenn man die „faschistischen" Absichten Chiangs auch dadurch erklärt, daß ihm die ständigen Mißerfolge im Kampf gegen den kommunistischen Aufstand Mittel-Chinas so etwas nahelegen. Der Erfolg der kommunistischen Propaganda, ein Erfolg, der nicht unerheblich auch in den Reihen der Nankinger Armeen zu spüren ist, beruht zum großen Teil auf der Korruptheit des Nankinger Regimes. Daher der Versuch, den bestechlichen und unehrlichen Kuomintangbeamten durch einen faschistischen Funktionär zu ersetzen, der sicherlich noch gewissenloser als jener sein wird, aber dank seiner Unterordnung unter eine zentrale Leitung die Leistungsfähigkeit der Regierung erheblich steigern kann.

Was bedeutet ein „faschistisches" China? Die Nationalsozialisten in Deutschland finden einen Halt in den Kreisen des verarmten Mittelstandes und des um die Sicherheit seines Besitzes besorgten Bürgertums; die italienischen Faschisten können in einer ähnlichen Weise auf die Unterstützung der bürgerlichen Klasse rechnen; in Japan ist es die Landbevölkerung, die dem dortigen Faschismus die Grundlage gibt: nichts Derartiges findet sich in China, wo die im Entstehen begriffene Organisation Chiangs zunächst als eine persönliche Leibwache dieses Diktators bezeichnet werden kann. Die Rücksicht auf die fremden Mächte, die übrigens Chiangs Diktaturpläne unterstützen (sie versprechen sich dadurch eine erfolgreichere „Säuberung" Chinas von „Räubern und Kommunisten"), wird seine Hände in außenpolitischer Hinsicht vollkommen binden, um ihm freilich eine um so hemmungslosere Betätigung im Lande selber zu gewähren. Das Organ des britischen Imperialismus, die „North-China Daily News", bemerkte in ihrem Leitartikel vom 10. August, daß „General Chiang Kai-Shek sich wohl dessen bewußt sei, wie wichtig es ist, sich im Interesse der Sicherheit Chinas auf das Problem der inneren Gefährdung dieser Sicherheit zu konzentrieren. Wenn es ihm gelänge, dort zu einem endgültigen Erfolg zu kommen . . . „ so würde er für China mehr geleistet haben, als er es durch alle kriegerischen Herausforderungen Japans tun könnte."

Man kann in dieser als Behauptung gehaltenen Erklärung eine Mahnung an die Adresse Chinangs sehen, in der der britische Standpunkt zum Ausdruck kommt. Es wird hier sehr deutlich, wie der chinesische „Faschismus" im Interesse des britischen Imperialismus wurzelt, der einen „starken Mann" braucht, um das Handelsgeschäft in Gang zu erhalten.

Die Diktatur Chiangs entpuppt sich als ein Sieg des britischen imperialistischen Einflusses.

Der sechsjährige Schüler Walter Helmberg in Süderdeich rettete einen Spielgefährten unter eigener Lebensgefahr vom Tode des Ertrinkens und hat sich damit die Rettungsmedaille am Bande verdient. Er soll sie aber erst erhalten, wenn er 18 Jahre alt geworden ist. Einstweilen ist er vom preußischen Staatsministerium gelobt worden.

Quittung

über Spenden für den Pressefonds des „Funken".

R. L. in B. 46,50 M; T. T. in K. 200,— M; J. B. in H. 3,— M; W. B. in H. 2,— M; E. L. in H. 3,— M; A. S. in H. 10,— M; K. R. in H. 3,50 M; Diverse in H. 3,71 M; H. J. in B. 190,— M; W. H. in B. 10,— M; J. P. in B. 50,— M; P. S. in F. 10,— M; A. W. in B. 4,— M; H. R. Ueberschuß von Vortragshonorar 194,52 M.

Wir danken allen Spendern herzlich. Weitere Spenden sind sehr erwünscht.

Der Kaiser ging — die Generäle blieben.

97) THEODOR PLIVIER.

Copyright by Malik-Verlag 1932

Ein paar junge Leute arbeiten sich durch das Gedränge und werfen kleine Zettel in die Luft, die wie Flocken auf die Köpfe niedergehen und gierig aufgegriffen werden, — der von Duncker aufgesetzte und in der „Lokalanzeiger"-Druckerei eilig hergestellte Text:

Massenversammlung
Thema: Unsere nächsten Aufgaben.
Heute abend acht Uhr im Zirkus Busch.
Arbeiter, Frauen, Soldaten,
kommt alle! Spartakusbund.

Am Lustgarten steht ein von Matrosen und Arbeitern besetztes Lastauto, eingemauert von Gesichtern und ausgestreckten Armen.

„Karl Liebknecht!"

„Liebknecht spricht!"

„Ruhe doch schon!"

Liebknecht steht auf dem Wagendach und zeigt zum Hauptportal des Schlosses hinüber: „Durch dieses Tor wird die neue sozialistische Freiheit der Arbeiter und Soldaten einziehen. Wir wollen an dieser Stelle, wo die Kaiserstandarte wehte, die rote Fahne der freien Republik Deutschland hissen!"

Der Wagen rollt durch die Menge und schwankt die Auffahrt hoch. Das Volk strudelt hinterher, auf die inneren Höfe, Treppen hoch und über Flächen glatten Parketts.

Während Liebknecht mit dem Oberkastellan des Schlosses verhandelt und sich zu einem der Fenstersäle führen läßt, suchen die eingedrungenen Volksmassen sich durch die weiten, in weichem Dunkel liegenden Räume. Ein Haufen entdeckt die seit 1914 nicht mehr benutzten Küchenräume. Einer findet den Schalter und knipst das Licht an.

Wie angenagelt verharrt die Menge an der Schwelle. Mit ungläubigen Gesichtern starren sie die aufgestapelten Vorräte an. Auf den kalten Kochherden, auf Tischen, am Boden, — überall lagern Säcke, türmen sich Kisten, stehen große irdene Töpfe. Und die prallen Säcke, die schweren Kisten, die bauchigen Krüge sind keine Attrappen. Nicht lange dauert die Bestürzung dieser ausgezehrten, von ihren Machthabern bis an die Grenze körperlichen Zusammenbruchs ausgeplünderten Geschöpfe. In hungriger Gier fallen sie über das kaiserliche Hamsterlager her: 800 Säcke blütenweißes ukrainisches Mehl, zahlreiche Säcke mit Kaffee, Büchsen mit Tee, Konserven, tausende Eier, Töpfe mit Schmalz, Gläser mit würzigen Tunken, ganze Reihen Zuckerhüte, Mengen von Hülsenfrüchten, Schokolade, Zigarren, Zigaretten.

Kisten werden zertrümmert, Säcke aufgerissen, Kaffeebohnen rieseln an den Boden, Mehl staubt auf. Und die Gerüche dieser lange entbehrten Sachen betäuben diese ausgemergelten Menschen — Pulverarbeiterinnen, Kriegsverletzte, Soldaten — noch mehr als die gierig eingeschlungenen Happen.

Und oben, auf dem Balkon, von dem herunter Wilhelm II. seine Ansprachen „An mein Volk" gehalten hat, schimmert die bleiche Stirn Karl Liebknechts, bewegt sich im Takt pathetischer Sätze seine ausgestreckte Hand: „. . . nie wieder wird ein Hohenzoller diesen Platz betreten. Vor siebzig Jahren stand hier an demselben Ort Friedrich Wilhelm IV. und mußte vor dem Zug der auf den Barrikaden Berlins für die Sache der Freiheit Gefallenen, vor den 50 blutüberströmten Leichnamen, seine Mütze abnehmen. Ein anderer Zug bewegt sich heute hier vorüber. Es sind die Geister der Millionen, die für die heilige Sache des Proletariats ihr Leben gelassen haben. Mit zerhackten Schädeln, in Blut gebadet, wanken diese Opfer der Gewaltherrschaft vorüber, und ihnen folgen die Geister der Millionen von Frauen und Kindern, die für die Sache des Proletariats in Kummer und Elend verkommen sind. Und Abermillionen von Blutopfern dieses Weltkrieges ziehen ihnen nach. Heute steht eine unübersehbare Menge begeisterter Proletarier an demselben Ort, um der neuen Freiheit zu huldigen. Parteigenossen, ich verkünde die freie sozialistische Republik Deutschland, die alle Stämme umfassen soll, in der es keine Knechte mehr geben wird, in der jeder ehrliche Arbeiter den ehrlichen Lohn seiner Arbeit finden wird. Die Herrschaft des Kapitalismus, der Europa in ein Leichenfeld verwandelt hat, ist gebrochen. Wir rufen unsere russischen Brüder zurück. Sie haben bei ihrem Abschied zu uns gesagt: ‚Habt ihr in einem Monat nicht das erreicht, was wir erreicht haben, so wenden wir uns von euch ab!' Und nun hat es kaum vierzehn Tage gedauert. Wir müssen alle Kräfte anspannen, um eine Regierung der Arbeiter und Bauern aufzubauen und eine neue staatliche Ordnung des Proletariats zu schaffen, eine Ordnung des Friedens, des Glücks und der Freiheit unserer deutschen Brüder und der ganzen Welt. Wir reichen ihnen die Hände und rufen sie zur Vollendung der Weltrevolution auf. Wer von euch die freie sozialistische Republik und die Weltrevolution erfüllt sehen will, erhebe seine Hand zum Schwur."

Vom Schloß bis zum Spreeufer, bis zu den Säulen des Museums, bis zum Dom drängen sich die Massen. In dem über den Gesichtern liegenden Dunst bewegt sich ein Gestrüpp von ausgestreckten Armen und Händen. Ein einziger heiserer Schrei umbraust das alte, graue Schloß:

„Wir schwören!"

„Hoch die Republik!"

Plötzlich steht der Dom festlich erleuchtet da und fängt mit allen Glocken zu läuten an, aber die Masse läßt sich dadurch nicht ablenken. Ein purpurroter Teppich schiebt sich über die Brüstung des Kaiserbalkons und hängt in breiter Bahn herab.

Da fällt der Ruf:

„Hoch lebe der erste Präsident der sozialistischen Republik, hoch Karl Liebknecht!"

Liebknecht winkt ab und ruft zurück:

„Soweit sind wir noch nicht. Ob Präsident oder nicht, wir müssen alle zusammenstehen, um das Ideal der Republik zu verwirklichen. Hoch die Freiheit! Hoch das Glück und der Friede!" „Friede!" kommt das Echo zurück.

Und wieder braust das Volk auf: am Mast der Kaiserstandarte geht die rote Fahne hoch.

Liebknecht stellt auf dem Schloßhof in größter Eile eine Truppe zusammen, die das zum Volkseigentum erklärte Schloß besetzt halten soll, und ernennt einen Soldaten zum Kommandanten. Den vierundzwanzig Mann, die von der alten Wache noch übrig geblieben sind, verspricht er freies Geleit. Dann besteigt er wieder den Wagen, mit dem er gekommen ist, und fährt mit seinen Begleitern in den Reichstag.

(Fortsetzung folgt.)

Lohnkonflikt der englischen Spinner.

Während der Lohnkonflikt in den englischen Webereibetrieben beigelegt worden ist, ist er in den Spinnereibetrieben noch weiter im Gange. Allerdings ist bei den Spinnern der Ausbruch des Streiks verhindert worden durch die Erklärung der Unternehmer, die Lohnsenkungen um einen Monat aufschieben zu wollen. Diese Erklärung wurde gemacht, nachdem sich die Arbeiter der Spinnereibetriebe mit 68 000 gegen 2500 Stimmen für die Niederlegung der Arbeit im Falle eines Versuchs der Unternehmer, die Löhne zu senken, erklärt hatten.

Inzwischen haben lange Verhandlungen zwischen den Unternehmern und Arbeitern der Spinnereien stattgefunden. Die Unternehmer forderten eine Lohnsenkung von etwa 14 Prozent. Trotz der genannten Abstimmung, in der die Arbeiter mit großer Mehrheit den Kampf gegen jeden Lohnabbau forderten, erklärten sich die Gewerkschaftsvertreter mit einer Senkung der Löhne um etwa 4 Prozent einverstanden.

Nachdem die Verhandlungen in der Webereisektion zu dem Ergebnis geführt hatten, daß die Löhne dort um 8½ Prozent gesenkt werden, haben die Spinnerei-Unternehmer ihre Forderungen ermäßigt: Auch sie wollen die Löhne nur um 8½ Prozent senken und so bei der fünfzehnjährigen Uebung bleiben, in allen Sektionen der Baumwollindustrie die gleichen Löhne zu zahlen. Die Gewerkschaften haben dieses Angebot abgelehnt und erklärt, die Arbeiter würden in vierzehn Tagen die Arbeit niederlegen, wenn die Unternehmer diese Lohnsenkungen in den Betrieben anschlagen ließen.

Die Kapitulation der Weber vor einigen Tagen aber hat bewirkt, daß die Spinnerei-Ueternehmer nicht recht an den Streik glauben. Tatsächlich meldeten sich am nächsten Tage die Gewerkschaftsvertreter: Sie würden eine über 4 Prozent hinausgehende Lohnsenkung annehmen, wenn dafür das vor einem Jahr abgelaufene 48-Stunden-Abkommen wieder in Kraft gesetzt würde. (Jetzt wird in manchen Betrieben länger als 48 Stunden die Woche gearbeitet.)

Dieses Umfallen der Gewerkschaftsführer zeigt, wie lähmend ein erfolgreicher Streik wirkt! Die Führer der Spinner wollen jetzt weder das Schauspiel eines umsonst geführten Streiks widerholen, noch ihre Kollegen in den Webereien nachträglich blamieren durch den Nachweis, daß entschiedenes Auftreten mehr ausmacht als der „Wille zur Verständigung". Darum versuchen sie, den Streik von vornherein zu vermeiden.

Milchstreik in England.

Im Nordwesten Englands hat der Bauernverband den Milchstreik erklärt. Die Bauern wollen ihre Milch für nicht weniger als 23 Pfennige den Liter abgeben, während die Kleinhändler nicht mehr als 21 Pfennige zahlen wollen.

Die Kleinhändler erklären, daß der Bedarf der Bevölkerung an Milch auch während des Streiks voll befriedigt werden kann.

Der „Herold" seiner Majestät.

Der „Daily Herald", die englische sogenannte Arbeiterzeitung, ist wieder einmal in heller Aufregung: „Eine ernste Spaltung der Legion wird befürchtet!" Unter dieser Ueberschrift schreibt sie: „Hunderttausende von Menschen im ganzen Land erwarten die Entscheidung über den Beschluß (der Britischen Legion), demzufolge ein Pfarrer aus Bedfordshire, der während des Krieges fünf Jahre lang gedient hat (sicher eine beachtliche Leistung!), seitdem aber seiner Ueberzeugung nach Kriegsdienstverweigerer geworden ist, nicht Mitglied (der Legion) werden kann."

In den Statuten der Britischen Legion heißt es: Mitglieder können werden: alle ehemaligen Frontkämpfer und Frauen, die wenigstens sieben Tage lang unter den Fahnen von SM Flotte, Armee, Luftkraft oder einer anderen Abteilung gekämpft haben, außer Kriegsdienstverweigerern."

Die Aufregung der Arbeiter-Zeitung gibt also der Tatsache, daß in einer Organisation, die unter dem Schutze des Kronprinzen steht, strong nationalen Zielen dient und Kriegsdienstverweigerer ausschließt, ein Pastor nicht aufgenommen werden darf, der zwar unter den Fahnen seiner Majestät gekämpft hat, aber nicht die Absicht hat, dies das nächste Mal zu wiederholen.

Wenn eine linke Zeitung überhaupt diese Legion beachtet, so sollte sie das höchstens zu dem Zwecke tun, deren Einfluß unter ihren Lesern zu verringern.

Erwerbslose Schauspieler.

Die Erwerbslosigkeit bei den Bühnenschauspielern ist noch größer als in den meisten anderen Berufen. 60—70 Prozent aller Bühnenangehörigen sind ohne Engagement. Diese Uebervölkerung des Schauspielerberufes soll zum großen Teil dadurch hervorgerufen worden sein, daß auf den Provinzbühnen ziemlich wahllos ungelernte Kräfte mit einem Monatsgehalt von 100 Mark oder weniger eingestellt werden, während Schauspieler, die lange Zeit hindurch tätig waren, keine Anstellung bekommen. Jetzt beabsichtigt der Deutsche Bühnennachweis, erwerbslose Schauspieler, die auf eine Erwerbslosenunterstützung angewiesen sind, auf ihre künstlerische Begabung hin zu prüfen. Diese Prüfung soll etwa so vor sich gehen, daß jeder Künstler aufgefordert wird, eine Szene — welche, wird ihm vorher nicht bekanntgegeben — vor einer Prüfungskommission vorzutragen. Für jeden Künstler wird die Prüfung etwa fünf Minuten dauern.

Es ist verständlich, daß die Künstler sich gegen dieses System auflehnen. Es ist nicht möglich, in einer solchen Prüfung die Begabung eines Schauspielers festzustellen. Für diese lassen sich wahrscheinlich in den Akten über die bisherigen Erfolge der Schauspieler weit bessere Anhaltspunkte finden.

Am 8. Oktober veranstaltet der Erwerbslosen-Ausschuß eine Kundgebung zum Protest gegen diese Prüfung der erwerbslosen Schauspieler.

Großvertrieb für gestohlene Kraftwagen.

In den letzten Wochen wurden in Breslau etwa 20 Personenkraftwagen, die aus Diebstählen in Berlin stammten, ermittelt und beschlagnahmt. Im Zusammenhang damit wurden der Breslauer Automobilkaufmann Schalm und ein Komplize wegen gewerbsmäßiger Hehlerei vorläufig festgenommen. Die Ermittlungen haben ergeben, daß bei der Verschiebung der Kraftwagen Mitglieder eines Berliner Unterweltvereins mitgewirkt haben. Die gestohlenen Autos wurden zu geringen Preisen weiter veräußert. Besonders kraß liegt der Fall, in dem eine Chrysler-Limousine, die vor einem Jahr für 12 000 Mark gekauft worden war, einem Hehler für 180 Mark überlassen worden ist.

Ein Arbeiter angeschossen. Beim Verlassen seines Gartengrundstückes wurde der Arbeiter Perrin aus Potsdam am Freitag von einem Schuß getroffen und brach zusammen. Der Täter konnte bisher noch nicht ermittelt werden.

Vom Hamburger Verkehrsstreik.

E. K. Hamburg, 2. Oktober 1932.

„Endlich mal wieder ein großer Streik, lange genug haben sie uns das Fell über die Ohren gezogen. Nun müssen die mal rankommen!" Vor einem Straßenbahndepot stehen mehrere Streikposten. Drei Stunden stehen sie, dann kommt die Ablösung. Ihre Gesichter sind froh. Sie freuen sich, auch mal einen Trumpf gegen die Direktion ausspielen zu können. Lange haben sie sich ducken müssen. Zweimal hat man ihnen den Lohn in 1½ Jahren kräftig abgebaut. Damals hatten sie geschwiegen. Ihnen fehlte der Mut. Aber jetzt — wo man ihnen wieder 5 Prozent vom Lohn abziehen will — sind sie sich ihrer Kraft bewußt. „Wenn die Taxameter man auch streiken würden. Das wäre noch wirksamer! Jetzt machen sie ein enormes Geschäft und nachher fliegen sie wie wir."

Die Organisation der Kraftfahrer hat die polizeiliche Erlaubnis erhalten, während der Dauer des Streiks alle Wagen fahren zu lassen, sodaß die Zwischenschichten fortfallen. Weiter dürfen sich Lastwagen für den Personenverkehr zur Verfügung stellen.

Auf den Straßen sieht man in den Morgen- und Abendstunden lange Ketten von Passanten: Büro-Angestellte und ihre Chefs in eiligem Tempo. „Ja, Hamburg hat's eilig, wenn die Bahn nicht fährt", lacht ein Hochbahner, „sonst waren wir für sie eine Null. Jetzt wissen sie auch mal, was wir sind. Stark sind wir, wenn wir nur wollen. Alles könnte besser aussehen. Diese ganze reaktionäre Gesellschaft könnten wir in die Mauselöcher jagen, wenn unsere Führer nicht so bremsen würden." So ist die Stimmung! Nicht nur bei Wenigen; überall konnte man es merken: sie wollen kämpfen. 8000 Mann sind an diesem Streik beteiligt.

Der zweite Tag des Streiks, der Sonntag, machte sich besonders ungünstig für das Gaststättengewerbe bemerkbar. Diese Lokale hatten meist nur einen schwachen Besuch aufzuweisen. Aber nicht viel besser erging es den im Zentrum der Stadt gelegenen großen Cafés und Restaurants. Auch die Theater hatten nur einen schwachen Besuch. Da die Einstellung von Ersatzverkehrsmitteln am Sonntag nur gering war, fiel der Vorortbahn die Aufgabe zu, den stärksten Verkehr zu bewältigen.

Von zwei Seiten her wird der Erfolg des Streiks bereits bedroht. Um den Einsatz der Technischen Nothilfe zu vermeiden, hat sich der „Gesamtverband" bereit erklärt, den Betrieb auf der Walddörferbahn und der Langenhorner Strecke während einiger Stunden am Vor- und Nachmittag aufrecht zu erhalten. Diese Maßnahme hat bei den streikenden Hoch- und Straßenbahnern heftige Empörung ausgelöst. „Die Gewerkschaftsführer haben das zu tun, was wir Mitglieder wollen", sagten mir einige Streikende vor den Depots. Es ist klar, daß nur bei konsequenter Durchführung der Streik schnell und siegreich beendet werden kann. Erfreulicher Weise haben sich nicht genügend Kollegen zu dieser Arbeit gemeldet, sodaß die Bereitschaft des Gesamtverbandes nicht wirksam wird. Nun soll auf der fraglichen Strecke doch die Technische Nothilfe mit etwa 60 bis 70 Mann eingesetzt werden.

Eine weitere große Gefahr droht durch das Reichsarbeitsministerium, das im Interesse der „öffentlichen Sicherheit" dieses Klassenstaates eingegriffen hat. Am Montag, dem 3. Oktober, fanden im Reichsarbeitsministerium in Berlin Verhandlungen zur Beilegung des Konflikts statt. Das Ergebnis ist noch nicht bekannt geworden. Aufgabe der Gewerkschaftsführer ist es, mit allem Nachdruck die Forderungen der Arbeiter zu vertreten. Sie haben es um so leichter, als weite Kreise der Bevölkerung mit den Streikenden sympathisieren.

Stimmen aus dem Publikum.

Vor und hinter mir, einer Demonstration gleich, diskutierende ältere und jüngere Arbeiter, die wohl zum Teil von der Arbeit kamen. Gesprächsstoff: der Streik. Mit Freude und Begeisterung sprach man davon und war stolz, schon durch den dadurch auferlegten weiten Fußweg, daran teilzuhaben. Ich hörte kein Wort der Ablehnung, sondern selbst von den ältesten Arbeitern nur Zustimmung und Hoffnung.

Wörtlich sagt einer:

„Warum sollen wir nicht mal zu Fuß gehen, auch wenn es uns schwer fällt, die Erwerbslosen müssen es ja schon jahrelang. Und so ein großer Streik, wenn der ordentlich geführt wird, kann der Ausgangspunkt zu anderen Abwehrmaßnahmen werden."

Und weiter:

„... und daß es so ruhig zugeht, beweist doch, daß die Arbeiter noch ordentlich streiken können; man kriegt ordentlich wieder Mut!"

Und mit einem gewissen Elan nimmt jeder den weiten Fußweg auf sich — soweit ihm nicht ein altes Fahrrad zur Verfügung steht.

Die christlichen Gewerkschaften über die Notlage der Arbeiter.

Der Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften hat den Mitgliedern der Reichsregierung eine Denkschrift über die Notlage der Arbeiterschaft zugestellt. Ueber 100 Beispiele und die Ergebnisse zahlreicher Erhebungen sind dabei verwertet worden. Es wird der Nachweis geführt, daß Erwerbslose aus dem Baugewerbe nach Abzug der Miete noch durchschnittlich

29 Pfennig täglich je Person zur Bestreitung des Lebensunterhalts zur Verfügung haben. Für Kleidung, Beleuchtung, Heizung und Kulturbedürfnisse bleibt nichts mehr übrig.

Unter Hinweis auf die Verzweiflungsstimmung der Arbeiterschaft wird von der Regierung eine entschlossene Wendung ihrer bisherigen Politik gefordert.

Was sich Polizeibeamte erlauben.

Sonntag früh schoß ein Berliner Polizeioberwachtmeister, der in Zivil war, auf einen Motorradfahrer. Der Beamte glaubte, den Dieb seines in der Nacht zum Sonntag gestohlenen Motorrades mit Beiwagen vor sich zu haben und forderte ihn zum Halten auf. Der Motorradfahrer fuhr jedoch weiter. Darauf zog der Beamte seine Pistole und schoß hinter dem Fahrer her, den er am Arm leicht verletzte.

Mittel gegen die spinale Kinderlähmung?

Angeblich hat man ein erfolgreiches Mittel gegen die spinale Kinderlähmung aus Rekonvaleszentenblut hergestellt. Die serobakteriologische Abteilung der Behring-Werke in Marburg an der Lahn stellt es her und gibt es zum Selbstkostenpreise ab.

Die Botschaft hören wir wohl — allein es fehlt die Bestätigung!

Verantwortl. Schriftleiter: Willi Bichler, Berlin. Anzeigen: R. Lippmann, Berlin. Verl.: Internationale Verlagsanstalt GmbH., Berlin S 14, Inselstr. 8 a. Tel.: F 7 Jannowitz 5909. Druck: A. Janiszewski, Buchdruckerei und Verlag GmbH. Berlin SO 36, Elisabethufer 28/29.

Groß-Haushaltungen, Gemeinschaften, Landheime, Ferien-Lager, Schulen u. s. w. erhalten
Reform-Nahrungsmittel
zu Ausnahme-Preisen
Bitte, Sonder-Liste anfordern!
FRISCHKOST - REFORMHAUS
Magdeburg
O. v. Guerickestraße 104

Reparaturen von elektrischen Bügeleisen, Klingelanlagen usw. Spezialität:
Anfertigung mod. Tisch- u. Nachttischlampen
G. Funke
Elektrotechniker
GÖTTINGEN / Jüdenstraße 8, III.

Oberhemdenstoffe, Tricoline, Flanelle, Oxfords
günstige Posten Maccotuch kauft man gut und billig bei
Kurt Levy,
Berlin O 112, Scharnweberstr. 16/17

BERLIN
DIE KAMERA
Unter den Linden 14 — A 1 Jäger 2987.
Ab 27. Sept.: Deschamps:
Der Tugendkönig
Chaplins Traum
Micky Maus: Der kleine Faun
Lupino Lane — Groteske
Paris (Uraufführung)
Anfangszeiten: 17, 18.30 u. 20.45 Uhr

Freunde und Leser des „Funken"!
Unterstützt Eure Zeitung!
Werbt Abonnenten!
Sammelt Anzeigen!
Bevorzugt bei Einkäufen unsere Inserenten!

Zeitschriften, Broschüren, Flugschriften, Plakate
stellt schnell, sauber und billig her
Oscar Wettig, Gelnhausen

Sprechapparate Koffer/Schatullen/Schränke
Schallplatten für Konzert und Unterhaltung in allen Preislagen / Verlangen Sie Angebote!
Otto Pfotenhauer, Weimar, Röhrstr. 40.

Gandhis Hungerstreik siegreich beendet!

Das Nachgeben der englischen Regierung in der Frage des Wahlsystems zeigt die Macht Gandhis und seiner Anhänger. Der neue Feldzug Gandhis gegen die „Unberührbarkeit" der Parias lenkt wiederum das Interesse auf die Lage des indischen Volkes.

Wer wissen will, wie es in Indien heute aussieht, der lese:

Indien in der Zange.
Die wirtschaftliche Not eines großen Volkes.
Von Karl Hinkel.
Mit einer Karte und 9 Bildern / Brosch. 3,— M., Ganzl. 4,— M.

Aus den Presseurteilen:
„Gerade jetzt, wo Indien so sehr im Vordergrund steht, kommt dieses Buch im rechten Augenblick. Es ist hauptsächlich für denjenigen bestimmt, der etwas über die wirtschaftlichen Bedingungen in Indien wissen will, sie mit den Zuständen in anderen Ländern vergleichen will, um eine Vorstellung zu bekommen von den Ursachen der großen Armut Indiens und der Rolle, die England dabei gespielt hat. Es ist ein gutgeschriebenes Buch ...!"
„New India", Calcutta, 1. September 1932.
„Die Bucherscheinungen des Verlages „Oeffentliches Leben" zeichnen sich in ihrer Materialsammlung allesamt durch zuverlässige Genauigkeit und klare Disposition des Stoffes aus. Alle Quellenangaben und Literaturhinweise sind stets umfänglich, alle Behauptungen auf ihre Haltbarkeit mehrfach geprüft und gewissenhaft eingeschränkt, wo es notwendig ist. Diese Vorzüge machen auch das vorliegende Buch zu einer hervorragenden Informationsquelle über die gegenwärtige Situation in Indien und über die wirtschaftlichen und politischen Theorien Gandhis, mit dem selbst und dessen Schülern der Verfasser ausführliche Gespräche hatte."
„Der Volkslehrer", Nr. 29, vom 7. August 1932.

Verlag „Oeffentliches Leben", Berlin S 14, Inselstr. 8a.
Postscheckkonto Berlin 313 42.

Aus der Werkstatt des Faschismus.

Die Pressefreiheit im Sterben.

In Magdeburg ist gegen das gesamte Personal der Druckerei der kommunistischen „Tribüne“ vom Oberreichsanwalt in Leipzig ein Ermittlungsverfahren wegen Hochverrats eingeleitet worden. Im Zusammenhang damit nahm die Berliner politische Polizei in der Druckerei der „Tribüne“ mit Berliner und Magdeburger Kriminal-Polizei-Beamten eine Haussuchung vor, die zur Versiegelung und Beschlagnahme einer Rotationsmaschine führte. Auch einige Schriftstücke wurden beschlagnahmt.

Neue Presseverbote gegen Kommunisten.

Die „Rote Fahne“, die am Sonnabend nach Ablauf des dreiwöchigen Verbots erstmalig wieder erschienen war, ist vom Polizeipräsidenten bis einschließlich 15. Oktober verboten worden.

Die „Rote Fahne“ darf die Gründe für das Verbot nicht mitteilen, um nicht einen neuen Anlaß für ein Verbot zu geben.

Die kommunistische Jugendschrift: „Die junge Garde“ wurde bis zum 30. Dezember 1932 und die kommunistische Funktionärzeitschrift: **„Der Parteiarbeiter“** bis zum 30. März 1933 verboten.

Das „Dessauer Bauhaus“ hat in Dessau seine Pforten endgültig geschlossen und wird als unabhängiges Institut mit all seinen Abteilungen in Berlin weitergeführt werden. Berlin ist die dritte Station des „Bauhauses“. In Weimar und jetzt in Dessau hat es den Nazis weichen müssen.

Geländesport kein Militarismus.

Ueber das Reichskuratorium für Jugendertüchtigung hat sich der Reichsinnenminister dahin ausgesprochen, daß die Mitglieder des Kuratoriums bald ernannt werden würden. Es sollte zur Beteiligung an den „geländesportlichen Lehrgängen“ keinerlei Zwang ausgeübt werden (wie freundlich!); im Gegenteil, nicht einmal das Eigenleben der Bünde, die sich freiwillig zu den geplanten Lehrgängen gemeldet hätten, sollte angetastet werden.

Daß es kein Militärspiel sei, daß hier getrieben werde, sei klar; denn — Herr von Papen habe es auch schon gesagt. — Na, also!

Die Hitlerjugend veranstaltete am Sonntag in Potsdam einen nationalsozialistischen Reichsjugendtag. Die Meldungen über die Beteiligung stimmen nicht überein. Nach Angaben der Aufmarschleitung sollen 90 000 Angehörige der nationalsozialistischen Jugendorganisationen an der Veranstaltung teilgenommen haben.

Nazischütze findet milde Richter.

Waffen, die vom Himmel fallen.

Unter der Anschuldigung, eine Waffe ohne behördlichen Waffenschein erworben und geführt, ferner aber mit dieser Waffe Gewalttätigkeiten gegen andere angedroht zu haben, saß der 33jährige Nationalsozialist Johann Stark auf der Anklagebank. Stark kam am frühen Morgen des 10. September in eine Schlägerei mit Zechgenossen vom Abend vorher.

Plötzlich schrie der Angeklagte, der nach seinen eigenen Angaben angetrunken war, „Hände hoch“, zog eine scharfgeladene, entsicherte Pistole und legte auf seine vermeintlichen Widersacher an.

Nur einem Zufall ist es zu verdanken, daß schlimmstes Unheil verhütet wurde, denn bevor Stark abdrücken konnte, erschien ein von einem riesigen Hund begleiteter Nachtwächter, der dem Angeklagten zurief: „Nicht schießen, sonst laß ich den Hund los!“ Nun erst gelang es den vereinten Bemühungen, Stark zu überwältigen. Der Nachtwächter nahm die Pistole an sich.

Drei unparteiische Zeugen und selbst der Freund und Pg. des Angeklagten sagten unter ihrem Eide aus, daß Stark die Pistole im Anschlag auf seine Gegner gehalten habe. Stark indessen markiert den Ueberraschten und will nicht wissen, wie die Pistole in seine Hände gelangt ist. Er versucht der ganzen Sache einen politischen Anstrich zu geben und **versteigt sich nach vielerlei Hin und Her zu der unglaublich plumpen Behauptung, die Waffe wäre ihm von seinen Widersachern in die Hand gedrückt worden.**

Der Staatsanwalt beantragte gegen Stark wegen des Erwerbs und Führens der Waffe ohne Waffenschein eine Strafe von sechs Monaten und wegen der mittels dieser Waffe ausgeübten Bedrohung vier Monate Gefängnis. Das Gericht aber nahm, obwohl der Angeklagte durch seine Händelsucherei den Streit geradezu vom Zaume gebrochen hat, berechtigte Notwehr an und verurteilte Stark unter weitestgehender Zubilligung mildernder Umstände zu der geringen Strafe von drei Monaten Gefängnis. Dieses milde Urteil erweckt fast den Anschein, als wenn die strafverschärfenden Bestimmungen der Notverordnung für die Nazis nicht existierten. — Pit.

Einen Ueberfall auf einen Staatsanwalt verübten am Sonnabend in Berlin zwei junge Burschen. Der Staatsanwalt erhielt keine ernsten Verletzungen. Die Täter sollen Nazis sein.

Wegen der Sprengstoffanschläge am 1. August in Altona wurden am Freitag drei Nationalsozialisten verhaftet und Aktenmaterial der Altonaer SS beschlagnahmt. Eine weitere Festnahme erfolgte in Bönningstedt.

Schächtverbot in Thüringen.

Morde mit Liebe!

Die thüringische Regierung hat einem Gesetzentwurf über den Tierschutz zugestimmt, wonach das betäubungslose Schlachten von Tieren, das „Schächten“, in Thüringen verboten wird. Für das Wirtschaftsministerium ist die Befugnis vorgesehen, alle ihm geeignet erscheinenden Maßnahmen zur Verhütung von Mißhandlung und Quälerei von Tieren zu erlassen. — Das Verbot entstammt allerdings weniger der Tierfreundlichkeit als der Judenfeindlichkeit.

Beweis: Der Mord an Tieren bleibt im übrigen gestattet. Das christliche Gebot der Nächstenliebe heißt also hier: Morde mit Liebe!

Wieder Stimmenrückgang der Nazis.

Am 2. Oktober fand in der ostpreußischen Kreisstadt Stallupönen in der Nähe der litauischen Grenze eine Nachwahl zu den Gemeindewahlen statt, die seinerzeit für ungültig erklärt wurden. Er erhielten die

		Reichstagswahl 1932
Nationalsozialisten	1262	2199
Wirtschaftsliste (DNVP, DVP, Wirtschaftspt.)	653	382
SPD	200	482
Kommunisten	620	503

Danach verteilen sich die 18 Mandate wie folgt: 9 Nationalsozialisten, 4 Wirtschaftsliste, ein Sozialdemokrat, 4 Kommunisten. Die Wahlbeteiligung lag mit 67 Prozent um 16 Prozent unter der Beteiligung an der Reichstagswahl 1932.

Die Nazis sind von rund 62 Prozent auf rund 46 Prozent der Gesamtstimmen zurückgeworfen worden, während SP und KP zusammen — auf Grund der starken Zunahme der KP — ihren Stimmenanteil von 27,6 auf rund 30 Prozent steigern konnten.

Kabinett von Papen = Kabinett der Börse!

Diese wahrlich am wenigsten gerechtfertigte Kennzeichnung des Kabinetts der Junker leistete sich am Sonntag auf einer Bauernkundgebung in Weimar der Leiter der nationalsozialistischen Agrarpolitik Darré. Er kennzeichnete die Reichsregierung als ein Kabinett der Börse und des internationalen Leihkapitals.

Wenn die Regierung das Parlament ausschalte, so geschehe das nicht etwa, um den Parlamentarismus ins Herz zu treffen, sondern nur um im Interesse der Börse die Kontrolle des Volkes auszuschalten. Die Nationalsozialisten aber nähmen für sich das Recht in Anspruch, mit allen Mitteln die Herrschaft der Börse über Deutschland zu verhindern, — wenn es sein müsse, mit Hilfe des Parlaments.

Steuergutscheine.

Durchführungsverordnung begünstigt die Landwirte, erleichtert Kreditausweitung.

In den soeben fertiggestellten Durchführungsbestimmungen zur Steuergutscheinverordnung ist folgendes neu:

Normaler Weise werden Steuergutscheine für Steuerzahlungen nur ausgegeben, wenn es sich um Steuern handelt, die in der Zeit vom 1. Oktober 1932 bis zum 30. September 1933 fällig sind und entrichtet werden. Für die *Land- und Forstwirtschaft* wird aber eine Ausnahme gemacht: Steuergutscheine werden auch dann ausgehändigt, wenn in der genannten Zeit fällige Steuern bis zum 31. Dezember 1933 entrichtet werden und bis dahin gestundet sind.

Für *Neueinstellung von Arbeitnehmern* wird bekanntlich für das Kalendervierteljahr 100 Mark Prämie in Gestalt von Steuergutscheinen gezahlt. Betriebe mit mehr als 50 Arbeitnehmern, die ihre Belegschaft mehr als verdoppeln, erhalten für die Mehrbeschäftigung, die über die Verdoppelung hinausgeht, nur je 50 Mark.

Steuergutscheine, die auf 20 und 10 Mark lauten, sollen, wie ursprünglich bekanntgegeben, erst vom 1. Oktober 1933 ab ausgegeben werden. Bis dahin werden nur Gutscheine über 50 Mark und darüber ausgegeben. Doch erhalten die Gutschein-Berechtigten, die weniger als 50 Mark im Vierteljahr erhalten haben, folgende Verwertungsmöglichkeiten: Sie können sich von ihrem Finanzamt Bescheinigungen darüber ausstellen lassen, wieviel Steuergutscheine sie zu beanspruchen haben. Banken können auf diese Bescheinigungen hin Kredite gewähren; sie können die Bescheinigungen verschiedener Kontoinhaber gesammelt dem Finanzamt einreichen und sich dafür Steuergutscheine aushändigen lassen. — Durch diese Bestimmung steigen die Möglichkeiten der Kreditausweitung erheblich.

Die Bürgersteuer.

Für die Steuerpflicht sind die Verhältnisse vom 10. Oktober 1932 maßgebend. Nicht erhoben werden darf die Steuer von Personen, die nicht wählen dürfen (Reichswehrsoldaten also z. B.), ferner nicht von Arbeitslosen und Rentenempfängern. Der Landessatz der Bürgersteuer muß für Personen mit einem Jahreseinkommen von

nicht mehr als 4500 Reichsmark mindestens 6 Mark

betragen. Eine weitere Staffelung ist wie folgt vorgesehen: Einkommen bis 6000 Mark 9 Mark, bis 8000 Mark 12 Mark, bis 12 000 Mark 18 Mark, bis 16 000 Mark 24 Mark. Für die Gemeinden richtet sich die Höhe der Bürgersteuer nach den Einkünften aus der Gemeindegrundsteuer und der Gemeindegewerbesteuer. Je nachdem diese Steuern den für 1929 maßgebenden Steuersatz übersteigen, sind die Gemeinden berechtigt,

150 bis 200 Prozent der Landesbürgersteuer zu erheben.

Ein Gemeindebeschluß, der einen höheren Satz als 200 Prozent des Landessatzes festsetzt, muß von der Landesregierung bestätigt werden.

Keine Auflösung des Braunschweiger Landtags.

Der von den Nationalsozialisten eingebrachte Antrag auf Auflösung des Landtages zum 5. November und Ansetzung der Neuwahlen auf den 6. November wurde am Sonnabend vom Landtag mit 15 : 13 Stimmen bei vier Enthaltungen abgelehnt.

BESTELLSCHEIN

Hiermit bestelle ich die Tageszeitung „Der Funke“ vom ..... ab zum Preise von monatlich 2.— RM zuzüglich Bestellgeld.

..... Name ..... Ort

Straße und Hausnummer

Bitte ausgefüllt Ihrem Briefträger übergeben oder — mit 4 Pf. frankiert — an den Verlag senden: IVA, Berlin S 14, Inselstr 8a.

Die Affen von Suchum.

Ein Tier-Film, mit Wärme eintretend für unsere Kameraden, deren Sprache wir leider nicht verstehen können.

*

Suchum ist eine Stadt am Schwarzen Meer; die Affen, von denen der Film handelt, leben dort im Zoologischen Institut und werden nach allen möglichen Richtungen hin erforscht. Selbstverständlich muß es für Menschen reizvoll sein, über das Leben dieser menschenähnlichen Wesen etwas in Erfahrung zu bringen.

Der Film zeigt hauptsächlich Versuche — ohne wesentliche Schinderei der Tiere! — an einem Schimpansen und einem Orang-Utang. Es handelt sich dabei um eine Prüfung, auf welche Weise diese beiden Affen Schwierigkeiten überwinden, um zu besonderen Leckerbissen zu gelangen. Man hängt ihnen bei dieser Prüfung ein Bündel Kirschen an einer Schnur hoch in die Luft und legt gleichzeitig Geräte so in die Nähe, daß der Affe bei einiger Anstrengung an die Kirschen herankommen kann.

Die Art dieser Anstrengungen ist bei den beiden Affen sehr von einander verschieden: Der Schimpanse, hastig und in offenkundiger Gier, geht sofort und ohne zu zögern auf das nächste sich oberflächlich anbietende Gerät los — draufgängerisch und unkonzentriert. Der andere dagegen, dem auch deutlich erkennbar „das Wasser im Munde zusammenläuft“, geht in einer erstaunlich überlegten Art zu Werke. Er legt seine lange Hand über die Augen, richtig äußere Mittel der Konzentration anwendend, baut sich dann in aller Ruhe eine Stellage zusammen und holt sich die Kirschen.

Wirkungsvolle und reizvolle Aufnahmen — neben den erwähnten — machen den Film zu einem schönen und sehenswerten Produkt der Filmkunst.

*

Die Schönheit der Tiere und ihr nachdenklicher Ernst machten es mir unverständlich, daß der Berichterstatter am Schluß als Ergebnis der Affenforschungen in Suchum feststellte:

Der Mensch — in seiner Schöpferkraft — machte sich die Natur untertan;
die Affen hingegen — bei aller Intelligenz — unterwarfen sich ihr.

Der ganze Hochmut dieser von sich selber sehr eingenommenen Vertreter der Menschheit kam mir ins Bewußtsein, als ich des leider schon verstorbenen Chlumberg:

Wunder um Verdun

sah. Freilich ruft einem der Dichter selber durch seine Arbeit, durch seine Dichtung den Unterschied zwischen Mensch und Tier ins Bewußtsein zurück, weil Tiere in der Tat kein Leben nach Idealen führen. Aber gleichzeitig, nämlich in der Darstellung selber, wird jedem klar, wie wenig Grund die Menschen haben, sich über den tatsächlichen Unterschied zwischen Mensch und Tier etwas einzubilden. Gewiß das Tier lebt nicht nach Idealen; es ist auch im allgemeinen über die Lebensweise nicht hinausgekommen, die es von seinen Vorfahren übernehmen konnte. Beim Menschen ist es anders: Er kann „schöpferisch“ wirken; er besitzt Vernunft und hat fortlaufend eine Wissenschaft ausgebildet. Er kann also auch nach Idealen leben! Aber wer von der Menschheit tut's? Das ist des Pudels Kern, den der Berichterstatter nicht erörtert hat. Der Mensch kann das Tier überragen. Er ist intelligenter, er ist der Vernunft, er ist schöpferischer Einbildung fähig. Aber — wie schon Goethe wußte:

„Er nennt's Vernunft und braucht's allein,
um tierischer als jedes Tier zu sein.“

Auch dies ist nicht ganz richtig: Denn jemand, der seine Vernunft mißbraucht, benimmt sich nicht „tierisch“, weil Tiere nicht in die Lage kommen können, ihre Vernunft zu mißachten. Ein solcher Mensch benimmt sich schlecht, unsittlich oder gemein. Alles dies kann ein Tier nicht!

*

Eine Menschheit, die ihre Vernunft mißachtet, das ist das gegenwärtige Bild dieser Klasse von Lebewesen.

Woran liegt es, daß die Menschheit so verkommen ist? Sehr einfach zu beantworten ist diese Frage: Man ist mit dem Berichterstatter zu leicht bei der Hand mit der Behauptung: Die Menschen hätten sich die Natur unterworfen. Davon ist in der Regel kein Wort wahr. Die Menschen haben in der Natur herumgehorcht, sie haben manche Kniffe erlauscht, aber — sie sind zu Sklaven ihrer eigenen Geisteskinder, ihrer eigenen Phantasie und deren Produkte geworden. Wer das nicht glaubt, braucht nur die Kriegstechnik anzusehen. Diese ganze Mordindustrie, die hier aufgebaut wird, zu keinem anderen Zweck, als sich, deutlicher gesagt: unmenschlicher als jeder Mensch zu benehmen, diese Industrie wird aufgebaut fast gegen den Willen der gesamten Menschheit. Den angeblichen Gesetzen der Oekonomie, in Wirklichkeit denen der Faulheit und der Trägheit folgend, so lebt die Menschheit im großen und ganzen dahin. Was geschieht dabei? Sie „schliddert“ in den Krieg; das ist eine wahrhaft prophetische Erkenntnis des alten Demagogen Lloyd George. Sie „schliddert“ nicht nur in den Krieg, sie schliddert in die Ehe, in den Ehebruch, in den Genuß und schließlich in den Tod.

Ausnahmen bestätigen die vorläufig noch vorhandene grauenhafte Regel.

*

Wunder um Verdun ist ein Versuch, den Menschheits-Wahnsinn da zu zeigen, zu geißeln und zu bekämpfen, wo er am wildesten auftritt: im Völkermorden. Ein neuer Versuch: Die Gräber öffnen sich und die Toten von Verdun kommen zurück, besuchen ihre Heimat, eine Staatsmänner-Konferenz. Was finden sie? Verrücktheit, Kleinlichkeit, Ignoranz! Und dafür sind sie den Heldentod gestorben!

Eine tiefe Wirkung hat das Stück, gerade weil es so eindringlich das drohende Chaos zeigt. Daran ändert nichts die Tatsache, daß manche Kleinigkeit ablenkt, zum Teil unverständlich ist — das Ganze zeigt einen Kampf mit Ideen gegen die bloße Triebhaftigkeit des Menschen, gegen seine Ideenlosigkeit, gegen seine sittliche Faulheit.

Traurig muß man sein, daß es dem Dichter nicht vergönnt war, auf dem Boden seiner Ueberzeugung weiter zu arbeiten.

Willi Eichler.

Wer so glücklich ist, Arbeit zu haben ...

Ausbeutung der Schuharbeiter stärker als vor dem Kriege.

Soeben veröffentlicht das Statistische Reichsamt das Ergebnis der zweiten amtlichen Lohnerhebung in der Schuhindustrie, die im März 1932 stattfand. Sie wurde unter anderen Konjunkturumständen vorgenommen als die erste Erhebung vom März 1929. Die Schuhproduktion war im März 1932 um rund 9 Prozent geringer als im März 1929. Eine Vergleichung der Ergebnisse der beiden Erhebungen ist trotzdem interessant, obwohl von der neuen Erhebung weniger Betriebe und Arbeiter erfaßt wurden als von der Erhebung im März 1929. Zunächst einige Ergebnisse der neuen Erhebung.

Lohn als Kosten und Lohn als Einkommen.

Der Brutto-Stundenverdienst einschließlich aller Zuschläge betrug im Durchschnitt aller erfaßten Fabrikationszweige, Arbeitergruppen, Altersstufen und Lohnformen 70,2 Pfennig. Hiervon kamen für Lohnsteuer 2 Prozent und für Sozialversicherungsbeiträge der Arbeitnehmer 9,5 Prozent in Abzug. Der Netto-Stundenverdienst stellte sich also auf 62,1 Pfennig. Die erfragten Arbeitgeber-Beiträge zur Sozialversicherung betrugen durchschnittlich 7,6 Prozent des Brutto-Stundenverdienstes (die Beiträge zur Unfallversicherung, die rund 0,5 Prozent der Löhne und Gehälter ausmachen, sind aus statistischen Gründen bei der Erwebung nicht erfragt worden).

Demnach bestand zwischen dem Lohn als Kostenfaktor (Lohnkosten je Arbeitsstunde einschließlich der erfaßten Arbeitgeber-Beiträge) und dem Lohn als Einkommensfaktor (dem Arbeiter je Stunde ausgezahlter Lohn) eine Spanne von 17,7 Prozent. Die hohe Belastung durch Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen hat also zur Folge:

Der Arbeitgeber muß über ein Sechstel mehr bezahlen als der Arbeiter erhält.

Tatsächlicher Stundenverdienst und Tariflohn.

Als Lohnform überwiegt in der Schuhindustrie nach wie vor die Stücklohnarbeit. Ihr Anteil ist seit März 1929 allerdings um 10,2 Prozent zurückgegangen. Dafür hat besonders die Bandarbeit — die hier als besondere Lohnform gezählt wird — zugenommen: ihr Anteil ist von 3,1 auf 8,3 Prozent seit März 1929 gestiegen.

Für die Vergleichung der tatsächlichen Stundenverdienste mit dem Tariflohn wurden den Brutto-Stundenverdiensten für Zeitlohnarbeiter die Zeitlohnsätze, für Stücklohnarbeiter die Akkordrichtsätze und für Bandarbeiter die tariflichen Sollverdienste für die Beschäftigung am laufenden Band gegenüber gestellt. Die Vergleichung ergibt: Im Gesamtdurchschnitt wurden die entsprechenden Tariflohnsätze von den Verdiensten der Stücklohnarbeiter um 6,3 Prozent, von denen der Zeitlohnarbeiter um 5,2 Prozent und von denen der Bandarbeiter um 4,3 Prozent überschritten.

Bei verschiedenen Gruppen der 18- bis 21jährigen Arbeitskräfte sowie bei den über 24 Jahre alten Stücklohnarbeiterinnen wurden die Tariflohnsätze im Gesamtergebnis nicht voll erreicht. Als Erklärung für die Unterschreitungen, soweit sie Stücklöhne betreffen, wird von den befragten Betrieben angegeben, daß die Arbeiter wegen Auftragsmangels während der betrieblichen Arbeitsstunden nicht voll beschäftigt waren und zum Teil auf Arbeit warten mußten.

Die Wochenverdienste.

Die durchschnittlichen Tariflohnsätze wurden in Ortsklasse I (höchste Sätze) um 10 Prozent überschritten; die nächst höhere Ueberschreitung — in Ortsklasse II — betrug nur noch 3,6 Prozent.

Die durchschnittliche betriebliche Arbeitszeit betrug in

Ortsklasse	I . . .	42,68 Stunden
„	III . . .	39,66 „
„	V . . .	33,55 „

Diese beiden Umstände haben zur Folge, daß die Brutto-Wochenverdienste von Ortsklasse zu Ortsklasse außerordentlich stark abnehmen. Das Statistische Reichsamt verzeichnet folgende

Brutto-Wochenverdienste:

Ortsklasse	I	32,04 Mark
„	III	25,04 „
„	V	19,35 „

Wir betonen: Es handelt sich um Brutto-Wochenverdienste; Lohnsteuer und Sozialversicherungsbeiträge gehen von den genannten Beträgen noch ab.

Lohnsenkung vom März 1929 bis zum März 1932.

Im Gesamtdurchschnitt waren im März 1932 die

Stundenverdienste um 19,5 Prozent niedriger

als im März 1929. Durch den gleichzeitigen Rückgang der Wochenarbeitszeit um 4,6 Prozent ergab sich eine durchschnittliche

Senkung der Brutto-Wochenverdienste um 23,4 Prozent.

Dieser Rückgang der Brutto-Wochenverdienste setzt sich folgendermaßen zusammen:

Tariflohnsenkungen	10,3 %
Fortfall von Ueberstundenzuschlägen .	0,04 %
Senkung übertariflicher Verdienste . .	8,6 %
Arbeitszeitverkürzung	4,5 %
	23,4 %

Die Zuschläge für Ueberstunden waren bereits zur Zeit der ersten Erhebung verhältnismäßig gering, sie sind um etwa ein Fünftel zurückgegangen.

Die übertariflichen Verdienste sind stark zusammengestrichen worden. Sie machten zur Zeit der ersten Erhebung 14,7 Prozent der entsprechenden Tariflohnsätze aus, bei der zweiten Erhebung nur noch 5,3 Prozent. Die übertariflichen Verdienste sind im Verlauf von drei Jahren um mehr als zwei Drittel gekürzt worden. Von der Kürzung sind die am schlechtesten bezahlten Arbeitergruppen am stärksten betroffen worden: Die übertariflichen Verdienste der weiblichen Arbeiter sind stärker gesunken als die der männlichen, die der jugendlichen Arbeiter stärker als die der Erwachsenen.

Vergleichung der Verdienste im März 1932 mit den Vorkriegsverdiensten.

Im Gesamtdurchschnitt überschritten die Stundenverdienste den Vorkriegsstand um 64,9 Prozent. Da die durchschnittliche Wochenarbeitszeit um etwa ein Viertel gegenüber der Vorkriegszeit gesunken ist, liegen die Brutto-Wochenverdienste nur um 23 Prozent unter den Vorkriegsverdiensten.

Die Steuerabzüge vom Lohn liegen bei den meisten Arbeitergruppen in Prozenten des Lohnes ausgedrückt unter der Einkommensteuer von 1913/14. Dagegen bedeuten die Sozialversicherungsbeiträge (Arbeitnehmeranteile) einen *weit stärkeren Abzug vom* Arbeitslohn als 1913/14. Bei männlichen über 21 Jahre alten Stücklohnarbeitern machten die Sozialversicherungsbeiträge 1913/14 nur 3,5 Prozent, im März 1932 aber 9,1 Prozent des Arbeitslohnes aus.

Wenn man sowohl die Veränderung der Steuerbelastung des Lohns und der Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung als auch die Erhöhung der Lebenshaltungskosten gegenüber 1914 (auf Grund der amtlichen, die Lage für die Arbeiter zu *günstig* darstellenden Berechnung) berücksichtigt, so ergibt sich: Die Kaufkraft der Stücklohnarbeiter erreichte nur 87,4 Prozent des Vorkriegsstandes, während die der Zeitlohnarbeiter (etwa ein Drittel der Arbeiter ist in Zeitlohn beschäftigt) den Vorkriegsstand um 12,8 Prozent überschritten. Die Kaufkraft der männlichen Arbeiter war um 11,4 Prozent niedriger, die der weiblichen um 4,9 Prozent höher als in der Vorkriegszeit (in den untersuchten Betrieben waren etwa ebenso viele männliche wie weibliche Arbeiter beschäftigt). Im Gesamtdurchschnitt lagen die

realen Netto-Wochenverdienste um 5,4 Prozent unter dem Vorkriegsstand.

Rpt.

Warum auch einfach, wenn es doch kompliziert geht?

Durch die verschiedenen Verordnungen ist die Berechnung der durch Notverordnung zugelassenen Lohnkürzungen bei Einstellung von Arbeitern wirklich nicht gerade vereinfacht worden! Es war sehr schwierig, die ursprünglichen Bestimmungen der Notverordnungen mit den Ankündigungen Papens durch eine Durchführungsverordnung in Einklang zu bringen. Wie schwierig es war, möge hier die Formel zeigen, die das „Berliner Tageblatt" seinen Lesern zur „Erleichterung" vorsetzt, damit sie sich die „rechnerische" Erhöhung des Arbeiterbestandes, die als „Bemessungsgrundlage" für Lohnkürzungen gilt, ausrechnen können:

$$\frac{100 \cdot \left(B - A - \frac{Ad}{n}\right)}{A + \frac{Ad}{n}} = Z$$

Hierbei bedeutet: A = die bisherige Arbeiterzahl am Stichtag; B = die neue erhöhte Arbeiterzahl nach dem 15. September 1932; n = Anzahl der neu festgesetzten Wochenarbeitsstunden; d = Differenz zwischen den bisherigen durchschnittlichen Wochenarbeitsstunden zu dem Stichtag und der neu festgesetzten Wochenarbeitsstundenzahl (Wochendurchschnittszahlen unter 40 Arbeitsstunden bleiben für „n" stets unberücksichtigt, so daß die niedrigste Zahl für „n" nur 40 sein kann); Z = die nach der Formel errechnete Prozentzahl, um die eine Erhöhung des Arbeiterbestandes „rechnerisch" stattgefunden hat.

Die Arbeiterschaft hat erfreulicherweise eine

weit einfachere Lösung des Lohnkürzungsproblems

gefunden. Die Formel lautet:

Zulässige Lohnkürzung = Null.

Rpt.

Industriealisierung und Arbeitslosigkeit.

So lautete das erste Teil-Thema, das sich der Verein für Sozialpolitik für seine diesjährige Tagung in Dresden (28. und 29. September) gestellt hatte. Die Tagungen des Vereins für Sozialpolitik — in diesem Jahr fand die sechzigste statt — wurden häufig als Parlament der deutschen Nationalökonomen bezeichnet. Sie haben vor den übrigen Parlamenten den großen Vorzug, daß Abstimmungen durch die Satzung ausgeschlossen sind; es wird also nicht von vornherein durch Organisation geradezu verhindert, daß Gründe und Gegengründe das Entscheidende sind.

Aus der Diskussion über die Ursachen der Arbeitslosigkeit greifen wir hier einige Gedankengänge heraus. Der erste Referent Professor Saitzew (Zürich) unterscheidet von der *saisonalen* und *mittelwelligen* (konjunkturellen) Arbeitslosigkeit die *strukturelle*, von ihm auch als langwellig bezeichnete Arbeitslosigkeit. Er hält sie für das eigentliche Problem der Gegenwart. — Uns scheint, mit den Worten „strukturelle Arbeitslosigkeit" ist nun bald genug Unfug getrieben worden! 1927 ist in Deutschland die Arbeitslosigkeit bekanntlich bis auf 770 000 zurückgegangen; man könnte also sinnvoller Weise höchstens diese Arbeitslosigkeit als „strukturell" bezeichnen, also nur ein Zehntel der heutigen deutschen Arbeitslosigkeit. Dieses Zehntel sollte das eigentliche Problem darstellen?

Saitzew trat den üblichen Behauptungen erfreulich scharf entgegen, daß die Rationalisierung die Ursache von Dauerarbeitslosigkeit sei. Die Ursache für die von Saitzew als strukturell bezeichnete Arbeitslosigkeit liegt nach seiner Meinung in der Häufung planloser Staatseingriffe in die freie Wirtschaft, wie sie für die ganze Nachkriegszeit kennzeichnend sei. — Von den höchst planvollen Staatseingriffen zur Erhaltung der Bodensperre in Deutschland nach dem Kriege sprach er nicht, erst recht nicht von den entsprechenden Staatseingriffen in der Vorkriegszeit.

Der zweite Referent, Professor Colm, kennzeichnete die heutige Wirtschaft als eine Mischung freier (?) Konkurrenz, halber Monopole und planloser (?) Staatsinterventionen. Die starke Industrialisierung und die damit verbundene Steigerung der Produktionsumwege habe zu einer Verschärfung der Konjunkturempfindlichkeit des Wirtschaftssystems geführt. Nur dadurch sei es möglich gewesen, daß zum Beispiel die Krediterschütterung zu einer so großen Verschärfung der Arbeitslosigkeit führen konnte. Die modernen Unternehmungen seien in bezug auf die Kostengestaltung wenig anpassungsfähig; darum habe man in der Krise die Kosten durch wirtschaftspolitische Maßnahmen gesenkt; durch diese Eingriffe sei jedoch die Krise wieder verschärft worden.

Colm möchte die industrielle Wirtschaft durch Einbau von Elementen planmäßiger Wirtschaftsführung krisenfester machen. Er verlangte, daß Kredit-, Handels-, Finanz- und Sozialpolitik nach einheitlichen Gesichtspunkten orientiert werden sollten. — Richtig! Eine solche planmäßige Wirtschaftspolitik hat aber doch noch nichts mit Planwirtschaft zu tun!

In der Diskussion sprach Dr. Alexander Rüstow scharf gegen die heutigen Staatseingriffe. Er verlangte, die Wirtschaftspolitik der Wehleidigkeit, der vielen Pflaster, durch die sich der Staat dem natürlichen Wirtschaftsablauf entgegenstelle, die Beschenkung der Interessenten mit immer größeren Liebesgaben müsse ein Ende haben. Die Wirtschaftspolitik solle darauf ausgehen, schmerzhafte aber unvermeidliche Wirtschaftsprozesse abzukürzen. In Erwiderung des liberalen Politikern häufig gemachten Vorwurfs, sie wollten den Staat zu einem schwachen Nachtwächterstaat herabwürdigen, bezeichnet Rüstow als *schwach* gerade den Staat, der sich von den Interessenten zur Austeilung von Liebesgaben mißbrauchen läßt. —

Für den starken Staat, der gegen die Ausbeutung in allen Formen vorgeht, trat auf dem Parlament der deutschen Nationalökonomen niemand ein!

—t.

Wieviel Arbeitslose in Deutschland?

Der neue Wochenbericht des Instituts für Konjunkturforschung macht einen sorgfältigen Versuch, die *sichtbare* und *unsichtbare* Arbeitslosigkeit in Deutschland zu erfassen. Neben der „sichtbaren" Arbeitslosigkeit, die von den Arbeitsämtern statistisch erfaßt wird, gibt es bekanntlich eine wachsende „unsichtbare" Arbeitslosigkeit, weil insbesondere nach Einführung der Hilfsbedürftigkeitsprüfung eine große Zahl von Arbeitslosen den Arbeitsämtern fern geblieben ist: eine Armee der Hoffnungslosen, die weder auf Vermittlung von Arbeit noch auf Unterstützung hoffen und daher den Weg zum Arbeitsamt gar nicht erst antreten.

Das Konjunkturforschungsinstitut veröffentlicht die folgende Schätzung der Gesamtzahl der Arbeitslosen (Vierteljahresdurchschnitte, berechnet nach dem Stand an den Monatsenden):

1. Vierteljahr 1930	3 630 000
2. Vierteljahr 1930	2 900 000
3. Vierteljahr 1930	3 220 000
4. Vierteljahr 1930	4 410 000
1. Vierteljahr 1931	5 830 000
2. Vierteljahr 1931	4 840 000
3. Vierteljahr 1931	5 250 000
4. Vierteljahr 1931	6 620 000
1. Vierteljahr 1932	7 860 000
2. Vierteljahr 1932	7 230 000
Juli 1932	7 160 000

Die Arbeitslosigkeit war also im vergangenen Winter nahe an 8 Millionen heran, eine Zahl, die damals — soweit wir wissen — von keiner amtlichen Stelle genannt worden ist. Soll etwa jetzt vom Konjunkturforschungsinstitut in Optimismus „gemacht" werden? Werden deshalb hohe Ziffern für die Vergangenheit veröffentlicht, damit sich von ihnen die Ziffern der Papen-Zeit möglichst günstig abheben?

Das Institut behauptet, der *Konjunkturrückgang der Beschäftigung* habe sein Tempo ganz erheblich vermindert. Im Juli sei die Gesamtzahl aller Beschäftigten in diesem Jahr nur um 23 000 gesunken, im Juli 1931 dagegen um 233 000 und im Juli 1930 um 190 000. Das läßt sich sehr schwer mit einer früheren Veröffentlichung des Instituts (vom 27. Juli 1932) vereinbaren, in der behauptet wurde, 1930 seien monatlich durchschnittlich 130 000 bis 140 000 Arbeiter freigesetzt worden, im ersten Halbjahr 1931 nur 110 000; im zweiten Halbjahr habe sich wegen der Bankenkrise die Zahl der monatlich neu dem Arbeitsmarkt zuströmenden Arbeitskräfte wieder auf 127 000 erhöht; gegenwärtig wachse jeden Monat die *konjunkturelle* Arbeitslosigkeit um 100 000 bis 110 000 Arbeitskräfte.

Wir sind mißtrauisch gegenüber optimistischen „Schätzungen". Es ist bei Schätzungen schwer zu sagen, wieweit der Tatbestand und wieweit der Wunsch der Vater der Zahlen-Gedanken ist.

H. H.

DEUTSCHLAND

Benzinpreis steigt: Vom 1. Oktober ab kostet Benzin infolge des erhöhten Spritbeimischungszwanges pro Liter 2 Pfennig mehr. — Autofahrer, schätzt Ihr auch die Ehre genügend hoch, die Großgrundeigentümer durch die Krise schleppen zu dürfen?

Kommerzienrat Louis Hagen gestorben. Louis Hagen ist am 1. Oktober im Alter von 78 Jahren gestorben. Er war Inhaber des deutschen Rekords im Besitz von Aufsichtsratsposten; er vereinigte zeitweise 70 Aufsichtsratsposten in seiner Hand.

Umkehrung der Binnenwanderung: Der Wanderungsgewinn der Provinz Ostpreußen im Jahre 1931 betrug 3870 Menschen. Im gleichen Jahre betrugen die Wanderungsverluste von Berlin rund 33 000 Menschen, der Stadt Essen 4102 Menschen, der Stadt Köln 2736 Menschen, der Stadt Dortmund 4449 Menschen.

USA

Arbeitslosigkeit im September (nach Schätzung des Amerikanischen Gewerkschaftsbundes): 11,5 Millionen, das sind 100 000 mehr als im August. In einigen wichtigen Zweigen hat sich die Beschäftigung zwar gebessert; das hat aber nicht genügt, um den Beschäftigungsrückgang in anderen Wirtschaftszweigen, insbesondere der Landwirtschaft, auszugleichen.

ENGLAND

Immer runter mit der Kaufkraft! Die Eisenbahngesellschaften schlagen den Arbeitern eine allgemeine Lohnkürzung um 10 Prozent vor. Davon würden 600 000 Arbeiter getroffen werden.